



Kostenlos

# Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

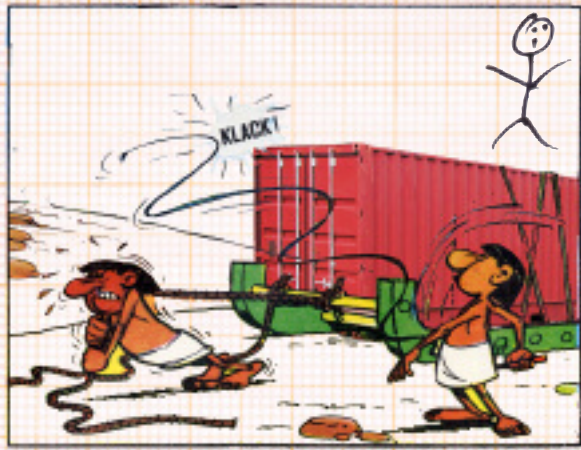
Gegenwind 214

Wilhelmshaven

Januar / Februar 2006

## Arbeitsplätze!

Dem Gegenwind zugespilte Unterlagen beweisen: Doch viele Arbeitsplätze durch den JadeWeserPort!



500 Arbeitsplätze -  
Je Container 1 Mann  
Das reicht nicht!

Mehr Mann pro  
Container

$1 \times 1 + 1 = 2?$

Berger ist dooff!

Tjaden?

500 Arbeitsplätze

1. Phase:  
Pro Container 8  
Mann und einen  
Aufseher

Das könnte hin-  
kommen = 500 Ar-  
beitsplätze

Stimmt!

$8 + 1(365) = 500?$

Der Geschäftsführer ging davon aus, dass der Terminalkran vollautomatisch betrieben werde. Vor diesem Hintergrund würden zur Eröffnung 400 bis 450 Menschen tätig werden. Bis 2016 würden es dann bis zu tausend sein. Hierzu käme die gleiche Anzahl bei Betrieben, die für den Hafen tätig werden würden.

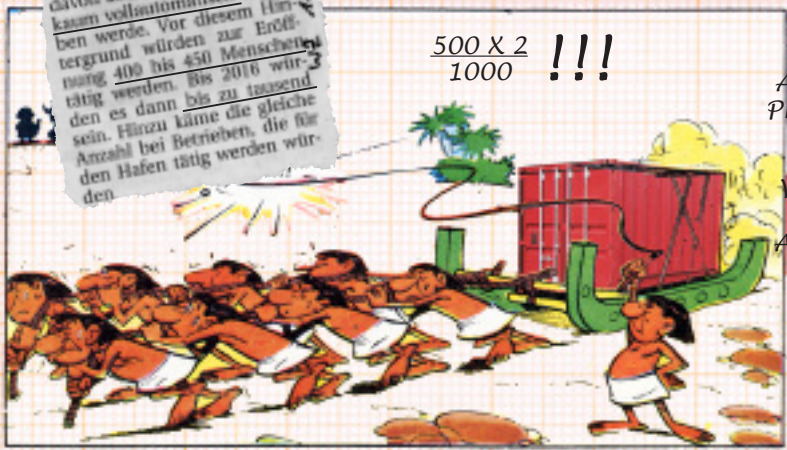


$\frac{500 \times 2}{1000} !!!$

2. Phase -

1000  
Arbeitsplätze:  
Pro Container  
8 Mann und  
ein  
Vorarbeiter =  
1000  
Arbeitsplätze!

STIMMT!!



## üh-prump

(Der Ruf der Rohrdommel)

Mit Halb- und Unwahrheiten wurde in den letzten Wochen über die Zukunft des Voslapper Grodens diskutiert. Auf Seite 3 geht es um Rohrdommeln, Schutzwälle und Gefälligkeiten.

Durch den Verkauf der Zeitschrift 'Asphalt' versuchen Wohnungslose, ihr Leben angenehmer zu gestalten. Infos dazu auf Seite 4.

Sexuellen Missbrauch, den geplanten Naziaufmarsch in Lüneburg und ein schlimmes Jubiläum haben wir auf die Seite 5 gesetzt.

Ist die BASU wählbar? Wohin geht die WALLI? Was macht die WASG? - Viele Fragen vor der Kommunalwahl 2006 auf den Seiten 6 - 9.

Unser Bericht über die Firma Reichelt-Elektronik sorgte für regelrechte Jagdszenen am Elektronikring in Sande. Ein Bericht über das Hi-Tech-Paradies auf Seite 10.

Was soll da eigentlich bei INEOS auf dem Voslapper Groden geschehen? Informationen aus der Giftküche auf Seite 12.

Nicht nur INEOS will die Produktion ausweiten. Dasselbe haben auch die neuen Eigentümer der Raffinerie vor. Die DFTG will Flüssigerdgas anlanden, die Niedersachsen-Brücke soll erweitert werden, und auf den Grodenflächen soll auch noch ein weiteres Kraftwerk entstehen. Viel zu viel für einen Gegenwind! Auf Seite 14 geht es erst einmal nur um das geplante Kraftwerk der Electrabel.

Die allseits beliebten Ratssplitter fegen wir auf Seite 15 zusammen.

Die Südzentrale - auch so ein nicht enden wollendes Thema. Das 'Forum Wilhelmshaven' mit neuen Vorschlägen und Ideen auf Seite 16.

Und wie immer kreuz und quer im Heft verstreut: Nachrichten, Leserbriefe und Veranstaltungen.

# meldungen

## Eskalation

im Kampf um Arbeitsplätze und Kündigungslisten bei Sykes: Die erste Welle von "Freisetzung" beim Telefondienstleister Sykes in Roffhausen hat stattgefunden. Als Weihnachtsgeschenk gab es von der Geschäftsführung des amerikanischen Konzerns erst mal ca. 150 Kündigungen, die per Kurierdienst pünktlich zu Heiligabend zugestellt wurden.

Bis Mitte 2006 sind 200 Arbeitsplätze weg. Zu Ende Dezember 2005 hat bereits ein erster Schwung von Beschäftigten den Betrieb verlassen müssen. Und sie haben eine üble Überraschung erlebt: Ihr letztes Gehalt war um bis zu drei Viertel gekürzt worden, so dass sie Anfang Januar z.B. statt der erwarteten über 1000 Euro nur 300 oder knapp darüber auf dem Konto hatten. Sykes hat halt Mitte Dezember nur so viel ausgerechnet, wie sie zu kriegen gehabt hätten, wenn sie von da an unentschuldig fehlen würden – "vorsichtshalber" wird dies den Beschäftigten unterstellt. Diese "Vorsicht" oder besser gesagt "Unterstellung" brachte so manchen werdenden Arbeitslosen jetzt in die peinliche Situation, die Miete nicht zahlen zu können. Auf Gewerkschaftsdruck vor dem Arbeitsgericht Wilhelmshaven hat Sykes das einbehalten Gehalt mittlerweile gezahlt.

Ja, und außerdem stehen in diesem Jahr wieder in allen Betrieben Betriebsratswahlen an, und es wollen auch bei Sykes viele für den Betriebsrat kandidieren. Wer aber für den Betriebsrat kandidiert, darf nicht gekündigt werden, sofern die Kündigung nicht schon vorher ausgesprochen wurde. Diese späte Erkenntnis traf den Sykes-Direktor Kurt Sölter wohl wie ein Hammer.

Richtig heftig geht es jedoch in Sachen Zugangsrecht der Gewerkschaft zu. Die neueste Entwicklung: ver.di-Sekretär Frank Buscher hat mittlerweile Hausverbot, weil er sich bei Sykes nicht den Mund verbieten läßt. Nun drohte Sölter sogar, den Gewerkschaftssekretär durch die Polizei aus der Betriebsratssitzung rauswerfen zu lassen. Gewerkschaftssekretär Frank Buscher sieht dem gelassen entgegen: "Wie sich die Sykes-Geschäftsführung das alles vorstellt, geht das natürlich nicht. Ich werde mich natürlich auch weiterhin für die Beschäftigten einsetzen und mein Zugangsrecht wahrnehmen." (noa)



**ROCK FISCH**  
MUSIKKNEIPE IM SÜDEN  
DER STADT  
Mainstraße 22 - Wilhelmshaven  
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr



## 50 Jahre Bundesmarine: Begleitprogramm zum Begleitprogramm

Mit einem "Maritimen Jubiläumsjahr" will die Stadt Wilhelmshaven das 50-jährige Bestehen der Bundesmarine feiern. Das Antifaschistische Bündnis will da nicht zurückstehen und wird die Festivitäten auf seine Art begleiten – mit einer bunten Veranstaltungsreihe zum Thema Militarismus. Fest zugesagt hat bereits die Schauspielerin Sibylle Henning, einen Abend mit musikalisch begleiteten Texten von Brecht und Tucholsky zu gestalten. Über "Militär-Rituale" wird Markus Euskirchen berichten, der auch ein Buch zum Thema veröffentlicht hat. Geplant ist weiterhin ein Vortrag des Politikwissenschaftlers Tobias Pflüger zur Militärgeschichte. Pflüger ist Mitglied des Europa-Parlaments (parteilos mit Mandat der Linken), Koordinator der Linksfraktion im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung und Mitglied der NATO-Parlamentarier-Delegation sowie Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Zum "Großen Zapfenstreich" in Berlin zum 50. Geburtstag der Bundeswehr erklärte er: "Es ist ein Skandal, dass die Mitte Berlins zum Hochsicherheitsbereich ausgewiesen wird, weil sich die Bundeswehr mit archaischen Ritualen selbst feiert. Der Zapfenstreich ist das zentrale Ritual der preußisch-deutschen Militärgeschichte. Er steht für eine Tradition von Kadavergehorsam und Großmachtspolitik. Wenn die Bundeswehr in die Öffentlichkeit geht, muss sie sich auch der Kritik und dem Protest stellen. Alles andere ist in höchstem Maße undemokratisch."

Ein Zapfenstreich soll am 11.6. auch in Wilhelmshaven stattfinden. "In Wilhelmshaven kommt man somit nicht umhin, auf Schritt und Tritt mit der Bundeswehr und vor allem mit der Marine im positiven Sinne konfrontiert zu werden ... Dazu zählen unter anderem Zerstörerflottille - Logistikzentrum der Bundeswehr ... - Zentrum für Nachwuchsgewinnung - Marinearsenal ...", verheißt uns fröhlich die Internetseite der Stadt. Auf diese Art deutschen Frohsinns gibt es nur zwei Antworten: Ebermann & Trampert. "Zu Gast bei Freunden" heißt ihr neues Programm, das sie auf Einladung des Antifaschistischen Bündnisses am 31.5. in Wilhelmshaven präsentieren werden.

Nähere Informationen und Termine zu diesen und weiteren Veranstaltungen finden Sie in den nächsten Gegenwind-Ausgaben. (iz)

## Kurios

Dass das ehemalige CVJM-Gebäude an der Marktstraße/Banter Weg mittlerweile eine Installationsfirma beherbergt, ist an Hand der Firmenschilder offensichtlich. Interessant ist, dass der Handwerksbetrieb nicht nur die Immobilie, sondern auch die Gesellschaft übernommen hat, wie am 28.12.2005 ins Handelsregister eingetragen wurde: "CVJM gemeinnützige Gesellschaft für Bildungs- und Betreuungsmaßnahmen mbH, Wilhelmshaven ... Die Gesellschafterversammlung ... hat eine Änderung des Gesellschaftsvertrages in § 1 (Firma) und § 2 (Gegenstand) beschlossen und den Gesellschaftsvertrag insgesamt neu gefasst. Neue Firma: Heizung und Sanitär ... GmbH. Neuer Unternehmensgegenstand: Alle Arbeiten des Wasser- und Installationshandwerks, des Heizungsbaus und alle damit im Zusammenhang stehenden Arbeiten einschließlich des Handels mit dazugehörigen Teilen ..." Hat sicher praktische Aspekte, eine GmbH zu kaufen, statt umständlich selbst eine zu gründen. Aber die komplette Änderung des Gegenstandes – von der als gemeinnützig anerkannten Bildung und Betreuung Jugendlicher zu einem reinen Wirtschaftsbetrieb – klingt auch irgendwie umständlich. (iz)

## Repressalien gegen Hartz IV-Kundgebung

Am 16.1. führten Oldenburger AktivistInnen wie jeden Montag am "Leffers-Eck" in Oldenburg ihre Kundgebung gegen das Hartz-IV-Gesetz durch. Diesmal wurde ihnen vor Ort von einem Polizisten mitgeteilt, dass sich AnwohnerInnen über die Lautstärke der Kundgebung beschwert hätten und er das ans Ordnungsamt weiterleiten werde. Nach Angaben der Teilnehmenden wurde auch in anderen Städten versucht, so die (seit über einem Jahr stattfindenden) Montagsdemos zu behindern. Die Bürgerinitiative gegen Hartz IV droht nun ihrerseits mit einer einstweiligen Anordnung, falls sich Restriktionsversuche dieser Art fortsetzen. (iz)



Herausgeber: GEGENWIND-Verein  
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21  
26382 Wilhelmshaven  
Tel.: 04421 / 99 49 90  
Fax: 0180-5060 3441 9546  
eMail: gegenwind.whv@t-online.de  
Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen, Hannes Klöpfer (verantw. Redakteur), Jessica Kramhoeft, Anette Nowak, Thomas Sobel, Imke Zwoch;  
Druck: Beta-Druck; Auflage: 4.500 Exemplare  
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven, Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63  
Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit) jeweils zum Monatsbeginn  
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 25.01.2006

**Gegenwind im Internet:**  
[www.gegenwind-whv.de](http://www.gegenwind-whv.de)

\*\*\*\*\*  
Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.  
\*\*\*\*\*

# Rohrdommel rehabilitiert

## Parole "Naturschutz verhindert Hafenaufbau" entbehrt jeder Realität

(iz) Selten wurden Gerüchte und Halbwissen so penetrant zu Unwahrheiten verdichtet, wie es in den vergangenen Wochen zum Thema "Naturschutz im Voslapper Groden" der Fall war. Im Interesse verunsicherter, zum Teil schon hysterischer BürgerInnen bringen wir Licht ins Dickicht westlich des geplanten Containerhafens.

Alles begann ganz harmlos: Während eines informellen Pressefrühstücks in Hannover sinnierte der niedersächsische Umweltminister, man könne Konflikte zwischen Naturschutz und Hafenvirtschaft möglicherweise durch eine Lärmschutzwand umgehen. Sein Nachsatz: "Ob das notwendig ist, weiß der Teufel" (WZ 25.11.2005) und dass er nicht wisse, ob die seltenen Vögel "überhaupt lärmempfindlich sind", verpuffte schon im Kondensstreifen, den die Nachricht auf ihrem Weg nach Wilhelmshaven hinterließ.

Auf ihrem weiteren Weg durch die Medien sowie Ohren und Münder von Politik und Hafenlobby der Region erlebte die Botschaft - nach den Gesetzmäßigkeiten des Spiels "Stille Post" - eine bemerkenswerte Transformation. Ganz oben auf der Hitliste stehen z. B.

- ◆ für 8 Rohrdommel muss eine 8 Millionen Euro teure Lärmschutzwand gebaut werden

- ◆ Sander BürgerInnen müssen den Krach der Containerzüge ertragen, weil der Lärmschutz für Vögel Vorrang hat.

Wie das "unten" ankommt, zeigt eine erkleckliche Zahl von Leserbriefen an die WZ. Wahre Hasstiraden muss die Rohrdommel über sich ergehen lassen, vor allem von Leuten, die erkennbar nicht den leisesten Schimmer davon haben, um was für einen Vogel es sich überhaupt handelt.

Einen Protestbrief schrieb der Sander Bürgermeister an den Umweltminister, in dem er ihn bittet, "den vier Kilometer langen und mehrere Millionen Euro teuren Wall nicht zu bauen und statt dessen ‚vernünftige Maßnahmen‘ zum Schutz der Vögel zu ergreifen."

Die Sander CDU-Ratsfrau Christel Bohlen kündigt Protestmärsche der Sander Bürger an. "Dann steht die Bevölkerung auf den Schienen. Man zwingt uns ja dazu."

Prima Sache, dass die SanderInnen ihren Schutz vorm Lärm der Containerzüge erkämpfen wollen. Ob sie den kriegen oder nicht, hat allerdings mit dem Vogelschutz direkt neben dem Containerhafen nix zu tun. So wie gravierende Verzögerungen bei der Planung des JWP nichts damit zu tun haben, dass der Voslapper Groden als Naturschutzgebiet ausgewiesen wird. Dass dieser formale Schritt erforderlich ist, wusste man schon vor 5 Jahren. Aktuell mussten neue Planungsunterlagen vorgelegt werden, weil man sich bei der Berechnung der Baumassen für das Terminal ordentlich verhasen hat. Aber wer hängt so was schon gern an die große Glocke?

### "Die da oben"

Die Unterschutzstellung ist keine fixe Idee von Vogelliebhabern, sondern folgt geltendem EU-Recht. Seit Jahren mahnt Brüssel die Bundesrepublik, ihre Beiträge zum Schutzgebietsnetz "Natura 2000" zu leisten. Eine weitere Nichtbeachtung hätte ab 2006 tägliche Strafzahlungen in Millionenhöhe nach sich gezogen.

Gern richtet sich in solchen Fällen der lo-

kale Zorn gegen "die Bürokraten" in Brüssel. Als säßen dort fiese Wesen vom anderen Stern und nicht auch gewählte Vertreter aus Bund und Land, die das Europarecht mitgestalten. Geht's darum, die Hand nach Förderlöpfen auszustrecken, wendet man sich gern nach Brüssel. Kommt jedoch die Sprache darauf, etwas für die gemeinschaftlichen Ziele Europas zu geben - sei es Geld, seien es ideale Leistungen wie z. B. Naturschutzflächen - ist das Geschrei groß.

Ähnlich ist das Verhältnis von hier zu Hannover. Mehrere hundert Millionen Euro sollen aus dem wackeligen Landeshaushalt in den JadeWeserPort fließen: Immer her damit! Jetzt stellt das Land seinerseits Forderungen, will sogar im Raumordnungsprogramm einer (seit über 30 Jahren brachliegenden!) Industriefläche Vorrang für Naturschutz einräumen: Pfui Teufel!

Um so erfreulicher, dass die Lokalpresse sich endlich diesem schrägen Chor entzieht. "Menzel wettet gegen das Land", titelte die WZ distanzierter als gewohnt am 16. Januar, unterfüttert durch einen Kommentar des Chefredakteurs: "... Es stellt sich allerdings die Frage, ob es sinnvoll ist, die Landesregierung ... ständig vor die Schienbeine zu treten. Außerdem macht es nicht gerade einen guten Eindruck, wenn die Spitze der Stadtverwaltung den Eindruck erweckt, als seien gesetzliche Bestimmungen zum Naturschutz nur ein ärgerlicher Bremsklotz ... Es gibt Bestimmungen und Gesetze, die einzuhalten sind, und die dennoch den JadeWeserPort überhaupt nicht gefährden. In dieser Haltung sind sich Hafener, Naturschützer und

Landesregierung offensichtlich einig - und damit gedanklich weiter als so mancher Politiker in Wilhelmshaven ..." Damit hat Klaas Hartmann gleich mehrere längst fällige Gesichtspunkte aufgezeigt, welche die bislang sich ins Unsägliche zuspitzende Form der Auseinandersetzung aus der Sackgasse führen könnten.

### Böser, böser Vogel

Die Sammlung dieser Unsäglichkeiten würde mittlerweile ganze Ordner bzw. ein GEGENWIND-Sonderheft füllen. Einige Auszüge sollten hier genügen. "Es kann doch einfach nicht wahr sein, dass acht Vögel den JadeWeserPort blockieren", kät Ulrich Czelinski aus Sande die Fehlinformationen seiner Tageszeitung wieder (WZ-Leserbrief vom 9.12.2005). "Entweder ihr verschwindet ... oder aber ihr baut uns eine acht Millionen teure Schutzwand". So oder ähnlich könnte sich das hämische Gezitscher der Rohrdommel anhören." Zur Information: Rohrdommel zwitschern nicht, sie gehören nämlich nicht zu den Singvögeln, sondern zu den Reihern. Nicht nur deshalb ist diese Äußerung repräsentativ für die Diskussion um Vögel und Hafenaufbau: geprägt von Halbwissen, Desinformation, Gerüchten, Polemik, Vermutungen und falschen Schlussfolgerungen.

Das Stadtoberhaupt schämte sich nicht, selbst eine Feierstunde zum 60. Gründungstag der Freien Gewerkschaften für die Anti-Naturschutz-Kampagne zu missbrauchen: "Eingangs hatte IG-Metall-Bevollmächtigter Hartmut Tammen-Henke die Wurzeln der Freien Gewerkschaften aus der Antifaschistischen Bewegung freigelegt, bevor Oberbürgermeister Eberhard Menzel den Bogen zum Jahr 2005 zog mit der Warnung, dass vier Rohrdommel-Paare nicht zerstören dürften, was mit der Schaffung von Industrieflächen geplant gewesen sei". (WZ v. 17.12.2005) Hier wurde der Bogen nicht ge-, sondern deutlich überspannt, nicht allein vom OB, sondern auch von Redakteur Norbert Czyz.

Zwischendrin gab es ja auch mal Lichtblicke wie den Leserbrief (WZ v. 12.12.05) des städtischen Naturschutzbeauftragten Klaus Börgmann: "...Minister Sander und in seinem Gefolge MdB Kammer und Sander Politiker verknüpften in der Sache unzulässig den erforderlichen Schutz der Menschen an der Bahnlinie mit dem erforderlichen Schutz der Vogelwelt im Voslapper Groden ... Es sollte gelten, sinnvolle Maßnahmen für den Schutz einer vom Aussterben bedrohten Art durchzuführen, anstatt Steuergelder allein zu dem Zwecke zu verschwenden, den Naturschutz in den Augen der Öffentlichkeit zu diskreditieren." Und: "Die Benennung erforderlicher Schutzmaßnahmen muss ab sofort den Fachleuten überlassen bleiben, damit Sinnhaftigkeit und Durchführbarkeit gewährleistet sind ..."

Nun gibt es im Naturschutz viele selbsternannte Fachleute, wie Wolfgang Kobbe aus Jever (WZ-Leserbrief v. 12.12.2005): "Wir wissen doch alle, dass sich die Natur nach einiger Zeit selbst regeneriert." Schön wär's.

Als echter Fachmann kam dann Prof. Bairlein vom Institut für Vogelforschung bei einer vom Nordwestradio live ausgestrahlten Podiumsdiskussion in der Nordseepassage zu Gehör. Er machte deutlich, dass eine Lärmschutzwand keinen Effekt hätte - außer, dem Ansehen des Naturschutzes zu schaden. Womit er vermutlich den Kern der Sache traf: Die Zuspitzung der öffentlichen Dis-



**Wählerinnengemeinschaft  
für Wilhelmshaven**

**Treffen der WALLI:  
Jeden 1. u. 3. Donnerstag im  
Monat um 20.00 Uhr  
in der Gaststätte  
"Kreuzelwerk"  
Freiligrathstr. 432**

**WALLI  
Wilhelmshavener Alternative Liste  
Tel./Fax: 04421 879249  
E-Mail: w.alli@web.de  
Internet: walli-whv.de**

kussion, vom Ministerfrühstück bis hin zu Sander BürgerInnen, die auf den Gleisen mit Transparenten gegen Rohrdommeln kämpfen, war kein Selbstläufer, sondern seitens bestimmter Vertreter der Hafenlobby durchaus geplant und gesteuert. Klingt nach Verschwörungstheorie, hat aber schon mehr als einmal funktioniert. Vor 10 Jahren hatte sich der BUND dafür stark gemacht, das Material für die Deichverstärkung am westlichen Jadedeich nicht aus den empfindlichen Salzwiesen im Nationalpark, sondern binnendeichs zu entnehmen. Verbreitet wurde aber die Parole "Naturschützer wollen Küstenschutz verhindern", unterfüttert durch Horrorszenerien über den "Blanken Hans". Am Ende standen Hunderte mit Fackeln auf dem Deich, um gegen den Naturschutz zu protestieren.

Jens Fries (WZ-Leserbrief v. 20.12.2005) hat das Ablenkungsmanöver durchschaut: "Der CDU-Bundestagsabgeordnete Kammer empört sich über die ... Bürokratie hinsichtlich des geforderten Baus einer Lärmschutzwand zum Schutz der Rohrdommel im Voslapper Groden. Er mahnt an, dass doch wohl der Mensch im Vordergrund stehen müsse. Leider hat er dabei wohl nicht an die Menschen gedacht, die direkt am Alten Seedeich in Voslapp ... leben. Denen droht als Eigentümer einer Siedlung bis an ihr Lebensende die Lärmbelästigung beim Bau und beim Betrieb des JadeWeserPorts ..."

Auch wenn sich der künstlich erzeugte Nebel über dem Röhricht im Voslapper Groden allmählich lichtet: Es ist erschütternd, dass es immer noch und immer wieder funktioniert, die Öffentlichkeit mit einseitigen und falschen Informationen derart zu manipulieren und gegen irrationale Feindbilder aufzuhetzen. □

### Fakten, Fakten, Fakten

1. Nicht der Schutz des Voslapper Grodens, sondern dessen – wider besseres Wissen – viel zu spät erfolgte Meldung an die EU erschwert die Planung für das Hafenprojekt.
2. Nicht Naturschutzaufgaben, sondern Planungsfehler tragen maßgeblich zur Verzögerung des Hafenprojektes bei.
3. Zu keiner Zeit haben haupt- oder ehrenamtliche Mitarbeiter des Naturschutzes konkrete Forderungen nach einer Lärmschutzwand für Rohrdommeln gestellt. Anders lautende Behauptungen bis hin zu daraus resultierenden Protestaktionen sind diskriminierend.
4. Die Forderungen der Gemeinde Sande nach Lärmschutz sind berechtigt. Sie stehen jedoch in keinem sachlichen oder finanziellen Zusammenhang zu Naturschutzmaßnahmen im Voslapper Groden.
5. Nicht allein acht Vögel einer Art, sondern insgesamt 54 Brutvogelarten mit über 1500 Brutpaaren, darunter sechs europaweit bedeutsame Vogelarten bzw. zahlreiche bestandsgefährdete Arten sowie deren Lebensräume mit zum Teil ebenfalls seltenen bzw. gefährdeten Pflanzenarten machen die Schutzwürdigkeit des Voslapper Grodens aus.
6. Die Unterschutzstellung ist keine fixe Idee von Vogelliebhabern, sondern folgt geltendem EU-Recht.
7. Das Projekt JadeWeserPort wird durch ein Naturschutzgebiet im südlichen Voslapper Groden keineswegs in Frage gestellt.

# Weg vom Betteln

## "Asphalt" ist gut fürs Portemonnaie und für die Selbstachtung

(noa) Es ist ganz schön kalt gewesen in den letzten Tagen und Nächten. Als vor ein paar Wochen im Münsterland der Strom ausfiel, nachdem Schneemassen die Leitungsmasten gefällt hatten, berichteten sämtliche Fernsehsender ausführlich, wie schwer das Leben im Winter ohne Strom ist. Was ist denn mit den Leuten, die nicht mal ein Dach über dem Kopf haben?

Die Wohnungslosen in Wilhelmshaven nächtigen im Frühling, Sommer und Herbst oft im Freien. Im Winter gewährt ihnen die Diakonie im Flüchtlingsheim ein Dach über dem Kopf. Erfrieren muss hier zum Glück also keiner. Im Haus der Diakonie an der Weserstraße können die Menschen, die keine Wohnung haben, einen Teil des Tages im "Tagesaufenthalt" verbringen, wo sie auch duschen, ihre Wäsche waschen und etwas essen können.

Seit bald zehn Jahren nutzen einige von ihnen auch die Möglichkeit, etwas Geld zu verdienen, indem sie die Straßenzeitung "Asphalt" verkaufen. "Asphalt" gibt es schon seit 1994, aber erst seit Ende 1996 wird die Zeitung auch in Wilhelmshaven angeboten. Die Idee der "Macher" dieser Zeitung war und ist es, den wohnungslosen Menschen eine Chance zu bieten, vom Betteln wegzukommen. Da es ein Kommissionsgeschäft ist, verlangt es von den Verkäufern einiges an Planung und Disziplin. 70 Cent zahlen sie vorab für ein Exemplar, für 1,40 Euro bieten sie es den Menschen an. Manch ein Bürger zahlt mehr, sei es aus Mitleid "für die Armen", sei es aus Respekt für Menschen, die trotz aller Widrigkeiten etwas leisten wollen für ihr Geld, sei es, dass sie sich mit dem Wechselgeld nicht belasten wollen – oder nicht so lange mit dem Asphalt-Verkäufer zusammen stehen wollen, bis der ihnen das Wechsel-

geld auf die Hand gezählt hat. Solches erwarten oder darum bitten sollen die Verkäufer jedoch nicht.

Der Verkauf des "Asphalt" fordert etwas von den Wohnungslosen: Sie dürfen vor und während des Verkaufs keinen Alkohol und keine andere anderen Drogen konsumieren, und sie haben feste ihnen zugewiesene Plätze.

In Wilhelmshaven sind es momentan sechs Männer und eine Frau, die die monatlich erscheinende Straßenzeitung an unterschiedlichen Plätzen feilbieten und damit ihr Arbeitslosengeld II aufbessern. (Einer von ihnen denkt gegenwärtig darüber nach, eine Wilhelmshavener Ortsbeilage ins Leben zu rufen.) Und es sind momentan etwa 650 Exemplare jeder Ausgabe, die so in Wilhelmshavener Haushalte gelangen. Bei freundlicheren Außentemperaturen steigen diese Zahlen auch mal bis auf zehn VerkäuferInnen bzw. 1.000 Exemplare an. Vermutlich wird nicht jedes verkaufte Exemplar auch gelesen – die oben erwähnten Menschen, die aus Mitleid kaufen und vielleicht auch ohne den Gegenwert der Zeitung ein wenig Geld springen lassen würden, legen ihren "Asphalt" vielleicht zu Hause gleich zu den Lidl-Prospekten und der Sonntagszeitung ins Altpapier. Schade, denn in jeder Ausgabe der Straßenzeitung steht etwas Lesenswertes drin! □



Asphalt-VerteilerInnen beim gemeinsamen Grünkohlessen in der Diakonie, zu dem Uwe Koopmann (2.v.r.), Mitarbeiter der ambulanten Wohnungslosenhilfe der Diakonie, eingeladen hatte.

Jonathan  Naturkost

## Ab in die Kiste!

Praktisch, gesund und lecker: Die Abo-Kiste -  
Obst und Gemüse jeden Mittwoch  
direkt an die Haustür

Wilhelmshaven ● Marktstr. 94 ● Tel. + Fax: 04421/13438

Aufklärung:

## Themenabend gegen sexuelle Gewalt an Jungen und Männern

Ich war neun, wie alt warst du? Danach war alles kaputt, er hat mich zerstört, einfach so. Ein Leben voller Leiden, seelischer Folter, unglaublicher Angst und Isolation. So ist das, das ist die Wahrheit! Ich bin wehrlos, so wie ich niemals sein wollte. Dafür habe ich mich fertig gemacht, geschämt, versteckt, verletzt. Jetzt bin ich wach geworden, brauche Unterstützung. Nein, du darfst mich nicht schwach sehen, weil du mich dann verletzt, wie der Mann, wie meine Eltern, meine Lehrer, wie alle, die Verantwortung für mich hatten, die das nicht verstanden. Nein, ich bin stark, so war es immer! Ich war neun, ich bin neun! Wieso machst du das? Wie kann er so was mit einem Kind machen? Ich will es endlich sagen, einfach so, nicht irgendwem, jemand der es fühlen kann, nicht nur hören. Ich will aufstehen, kein Tag länger! Ich geb' dich preis, lass dich los, nicht allein, andere Betroffene sind auch da. Sie schweigen nicht mehr, sie hassen sich nicht mehr, sie verletzen sich nicht mehr und sie machen das auch nicht länger alleine durch. Ich war neun, wie alt warst du? -

Ein Themenabend, der sich an junge Männer richtet, die in ihrer Kindheit oder Jugend sexuelle Gewalt erleben mussten. Die heute die Kraft haben, nicht mehr darüber zu schweigen, sondern sich offen in einem geschlossenen Themenabend dazu zu äußern und mit dieser Erfahrung etwas Sinnvolles gestalten möchten. Des Weiteren soll der Versuch gestartet werden, mit den Betroffenen gemeinsam weitere Themenabende in der VHS zu veranstalten und die Inhalte selbst festzulegen. Weitere Abende, die ungezwungen, kreativ, sachlich, aber auch kontrovers ablaufen mögen. Junge Menschen, die durch eigene Ideen "konstruktiv" ihre schwerwiegenden Erfahrungen in einer Tabu-Gesellschaft sichtbar werden lassen.

Im neuen Programmheft der VHS (Seite 21, Kurs 1310) ist dieses Thema unter "Themenabend über sexuelle Gewalt an Jungen und Männern" zu finden. Dort kann über eine Kursbuchung an den Abenden teilgenommen werden. Ebenso sind alle weiteren Informationen unter diesem Kurs im Programmheft zu finden. (Selbstverständlich ist dafür gesorgt, dass Teilnehmende nicht in die Situation geraten, als Betroffene "geoutet" zu werden!)

**André Kramhoeft (Kursleiter)**

Wer sich für diesen Themenabend interessiert, sich aber nicht bei der VHS anmelden will, kann sich auch direkt mit dem Kursleiter in Verbindung setzen. Der Gegenwind leitet Briefe an die Redaktionsadresse mit der zusätzlichen Angabe "André Kramhoeft" ungeöffnet an diesen weiter.



## 28. Januar 2006 - Lüneburg

### Den Naziaufmarsch verhindern !

Einen Tag nach dem weltweiten Auschwitz-Gedenktage wollen Neonazis am 28. Januar 2006 in Lüneburg gegen den § 130 des Strafgesetzbuches (Volksverhetzung) und für ihr "Recht" auf die Verherrlichung des Nationalsozialismus demonstrieren.

Gleich drei Städte haben die Neonazis am 28. Januar im Visier, wenn es heißt: "Den § 130 kippen - Gegen staatliche Repressionen". Neben Lüneburg wollen sie auch in Dortmund und Karlsruhe aufmarschieren. Anmelder des Naziaufmarschs in Lüneburg ist der Hamburger Naziaktivist Christian Worch, einer der maßgeblichen Führungskader der Neonazistrukturen außerhalb der NPD.

Der § 130 StGB stellt nicht nur das öffentliche Leugnen des Holocausts unter Strafe. Nach dem neuen Absatz 4, der im März 2005 vom Bundestag beschlossen wurde, macht sich auch strafbar, wer die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft "verherrlicht, billigt oder rechtfertigt" und dadurch den "öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise" stört. Dieser Absatz kommt in den Augen der extremen Rechten einem "Maulkorb" gleich. Dieser Paragraph kann auch als Handhabe gegen Naziaufmärsche dienen. Die Verherrlichung des Nationalsozialismus ist ein zentrales Element neozaristischer Ideologie und Propaganda. Mit den Aufmärschen versuchen Worch und Co. Freiräume für sich zu reklamieren, in denen sie scheinbar legal ihr Unwesen treiben, Menschen einschüchtern und die politische Kultur in ihrem Sinne beeinflussen können.

Dies gilt es zu verhindern! Der gewählte Termin ist eine besondere Provokation, da der 27. Januar - also der Tag vor den geplanten Aufmärschen - der offizielle Gedenktage für die Opfer der Konzentrationslager ist: am 27. Januar 1945 wurde das KZ Auschwitz durch die Rote Armee befreit. Hinzu kommt, dass der 30. Januar, zwei Tage danach, der Jahrestag der Machtübertragung an die Nationalsozialisten ist.

***Faschismus ist keine Meinung,  
sondern ein Verbrechen!***

***NS-Verherrlichung stoppen!***

**Demonstration gegen den Naziaufmarsch:  
Samstag, 28. Januar 2006  
10 Uhr**

**Clamart - Park - Lüneburg  
Infos: [www.kein-naziaufmarsch.tk](http://www.kein-naziaufmarsch.tk)  
Infotelefon: 0172 - 4152311**

**Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen  
Postfach 12 17 - 29544 Bad Bevensen**

## Schlimmes Jubiläum

Seit einem Jahr ist das "Herzstück" der Arbeitsmarkt"reform" Hartz IV in Kraft. Da gab es gleich zu Beginn den Versuch, die Langzeitarbeitslosen um ein volles Monatseinkommen zu betrügen: Die letzte Arbeitslosenhilfe war Ende Dezember 2004 gezahlt worden, da brauchten die Leute doch nicht gleich Anfang Januar schon wieder Geld, so die Argumentation des damaligen Wirtschaftsministers Clement.

Die ARGE, diese neu geschaffene Behörde zur Betreuung der Alg II-Empfänger, war mit einer großen Kraftanstrengung von Stadt und Arbeitsagentur gerade eben pünktlich eingerichtet worden und brauchte noch Zeit, sich selber zu organisieren. So ganz ist ihr das offenbar immer noch nicht gelungen. So berichtete die "WZ" am 9. Januar 2006, dass das Job-Center in der zweiten Januarwoche für zwei Tage geschlossen sein würde, um die Bearbeitung des Alg II weiter zu verbessern. Die Betroffenen haben seither von dieser Wirkung noch nichts gespürt. Im Gegenteil: Uns sind schon wieder einige Pannen zu Ohren gekommen.

Aber zurück zum Jahresrückblick: Bald machte Clement "Missbrauch" aus. Schon Mitte des Jahres war klar, dass die für Alg II und Sozialgeld geplante Summe nicht reichen würde. Die Erklärung des Ministers: Die Alg II-Empfänger betrügen den Staat und erschleichen sich Leistungen, die ihnen nicht zustehen. Er ließ Arbeitslose durch die ARGEn bespitzeln. Kontrollanrufe bei Alg II-Berechtigten, um sie nach Möglichkeit beim Schwarzarbeiten zu erwischen, und Hausbesuche bei "Verdacht auf eheähnliche Gemeinschaft" banden (und binden immer noch) Arbeitskraft und damit Geld aus einem Etat, der für und nicht gegen die Arbeitslosen bestehen sollte. Liegt nicht in Wirklichkeit hier der Missbrauch?

In den Fluren des Job-Centers herrscht täglich eine Missstimmung, die mit Händen zu greifen ist. Die Wartenden sind wütend. Wenn die "Kunden" auch nur einen Bruchteil ihres Zorns mit in die Zimmer nehmen und ihn die SachbearbeiterInnen spüren lassen, ist es mit Sicherheit ein sehr unangenehmer Job. Aber diese MitarbeiterInnen erleben nicht nur Druck von "unten", sondern auch von oben: Sie müssen ihren Kunden Bescheide erläutern und sie ihnen gegenüber vertreten, von denen sie wissen, dass sie rechtswidrig sind (oder doch jedenfalls sehr wahrscheinlich rechtswidrig sind), bei denen Widersprüche zu erwarten sind und erfolgreiche Klagen vor dem Sozialgericht. Entsprechend hoch ist der Krankenstand bei den Beschäftigten des Job-Centers. "1 Euro-Jobs", laut Gesetz Arbeitsgelegenheiten für Menschen, die sich erst wieder in das Berufsleben einfinden und eingewöhnen müssen, die auf jeden Fall nur für gemeinnützige und zusätzliche Arbeiten vorgesehen sind, dienen auch in Wilhelmshaven massenhaft für notwendige Arbeiten, die ansonsten von regulären Arbeitskräften mit Vertrag verrichtet werden müssten. Eine Maßnahme, die momentan läuft, als Beispiel für behördlichen Missbrauch: An mehreren Wilhelmshavener Schulen betreuen Alg II-Berechtigte nachmittags Problemkinder, Kinder, mit denen die ausgebildeten Kräfte der Schule oft schon überfordert sind. Sie sind mit Gruppen dieser Kinder allein im Haus. Die einzigen "Qualifikationen", die diese Personen für diese Tätigkeit vorweisen müssen, sind ein Alter von mindestens 55 Jahren und Elternschaft! (noa)

# Kommunalwahl 2006

## Alle gegen Tjaden – Tjaden gegen alle?

Der letzte Gegenwind bot dem aus der WALLI ausgetretenen Ratsmitglied Joachim Tjaden die Möglichkeit, seine Politik darzustellen – so wie es der Gegenwind seit Tjadens Einzug ins städtische Parlament immer gemacht hat. Daran nahmen nun einige WALLI-Mitglieder Anstoß, ein Mitglied trat aus diesem Grund gar aus dem Gegenwind-Förderverein aus, ein weiteres Fördermitglied zog seinen angekündigten Austritt wieder zurück.

### In der Austrittserklärung heißt es unter anderen:

*Hiermit kündigen wir mit sofortiger Wirkung unsere Beitragszahlungen und widerrufen die Einzugsermächtigung von unserem Konto.*

*Ihr bietet Acki ein zu großes Forum für seine Selbstdarstellungen. In der Dezemberausgabe sind 3 Seiten zu viel.*

*Für uns sieht das sehr nach Wahlkampf für seine neue Gruppierung aus und das alles kostenlos. Wenn die Walli eine Anzeige schaltet wird echtes Geld fällig.*

*Ihr bedankt Euch bei Acki im Impressum für seine Mitarbeit. Andere Redaktionen weisen darauf hin, dass namentlich gekennzeichnete Beiträge nicht unbedingt die Meinung der Redaktion sind.*

*Bei Euch haben wir das Gefühl, dass Ihr mit Acki konform geht. Für uns ist das keine ausgewogene Berichterstattung mehr.*

### In der zurückgezogenen Kündigung heißt es:

*Sehr überrascht bin ich aber über den Umfang, den der Gegenwind Joachim Tjaden in der Dezember-2005-Ausgabe einräumt: Das sind in etwa beachtliche 3 Seiten überwiegende Eigenberichterstattung des Herrn Tjaden, kostenlos abgedruckt wenn ich das richtig sehe(?) wogegen die WALLI nach meinen Informationen (...) für eine Anzeigenschaltung zahlt(...)*

*Da die Gegenwind-Redaktion, so wie ich es vermute, zur Zeit die Dinge doch recht unkritisch bewertet, frage ich die Redaktion hiermit, wo sie heute politisch eigentlich steht?*

Joachim Tjaden sitzt im Rat, bringt Licht ins Dunkel, informiert die Bürgerinnen und Bürger. Genau dafür gibt es den Gegenwind, dafür nutzt Tjaden den Gegenwind – um Informationen, die ansonsten im Nichts verschwinden würden, der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Alle Anzeigen im Gegenwind kosten Geld. Das gilt sowohl für die WALLI wie auch für Joachim Tjaden. Die Gegenwind-Redaktion hat in der Vergangenheit auch Anzeigen abgelehnt (und wird das auch in Zukunft tun), weil der Inhalt nicht den Gegenwind-Prinzipien entsprach. Neben den Anzeigen (die ja der Unterstützung der Gegenwind-Arbeit dienen) hat jede Gruppe, jede Person die Möglichkeit, den Gegenwind zu nutzen, ihre Politik bzw. Vorstellungen darzulegen (sofern sie nicht faschistisch, sexistisch etc. sind). Davon machte die WALLI in der Vergangenheit vielfach Gebrauch und kann dies auch weiterhin tun – der Gegenwind ist nicht dafür verantwortlich, wenn von dort keine Beiträge mehr kommen.

Auffallend ist, dass es bei der Kündigung nicht um den Inhalt der Veröffentlichungen geht, sondern einzig um die Tatsache, dass Acki Tjaden im Gegenwind schreibt. Was ist falsch an Ackis Rundschlag und am Artikel über die Schulschließungen im Gegenwind 213? Natürlich nichts. So entsteht der Anschein, als wollten WALLI-Mitglieder, die aus dem Gegenwind ausgetreten sind bzw. wollten, das Ratsmitglied Tjaden mundtot machen. Solch ein "Demokrativerständnis" hat mit den Grundsätzen des Gegenwind nichts gemein. Für eine solche Politik steht diese Zeitung nicht zur Verfügung.

Der Gegenwind kann nur erscheinen, wenn es genügend Bürgerinnen und Bürger gibt, die mit ihrem finanziellen Engagement zur Absicherung dieses Projekts beitragen. Daraus kann allerdings niemand den Anspruch ableiten, dass der Gegenwind ausschließlich den Mitgliedern und Anzeigenkunden genehme Artikel veröffentlicht.

Jeder Austritt aus dem Gegenwind-Förderverein trifft uns an unserer empfindlichsten Stelle (irgendwann den Druck nicht mehr finanzieren zu können) – doch wenn es so ist, dass der Gegenwind nur dann genehm ist, wenn er eine Hofberichterstattung macht, dann bleibt letztendlich nur der Austritt.

Der Gegenwind wird sich nicht davon abhalten lassen, auch künftig über die WALLI, die BASU, die Grünen, die FDP, die WASG..... und auch über die Arbeit des Joachim Tjaden im Wilhelmshavener Stadtrat zu berichten.

Jeder Versuch, durch den Entzug der finanziellen Förderung auf den Inhalt des Gegenwinds Einfluss zu nehmen, wird von der Redaktion zurück gewiesen.

### Offene Debatte

**Der Gegenwind stellt seine Seiten bis zur Kommunalwahl in den "Dienst" der Auseinandersetzung um den richtigen Weg ins Kommunalparlament. Wir werden unsere Seiten allerdings nicht für weitere "Schlammkämpfe" zur Verfügung stellen.**

**Eure Gegenwind-Redaktion**

## leserbriefe

*Liebe Leute vom Gegenwind, als langjähriges Mitglied und Vorstand der Wilhelmshavener Alternativen Liste und Förderer eurer Zeitung möchte ich zur Dezember-Ausgabe, in der ihr J. Tjaden, wie ich meine, recht unkritisch ein sehr breites Forum bietet, sich offensiv gegen links-orientierte Gruppierungen (WASG, PDS, Walli etc.) auszusprechen, folgende Stellungnahme mit der Bitte um Veröffentlichung in eurer nächsten Ausgabe vorlegen:*

Nicht zuletzt seit dem Austritt von J. Tjaden aus der Walli wird von verschiedenen Seiten versucht, die Walli totzureden, bis hin zu übler Nachrede und persönlichen Beleidigungen.

Vielleicht haben wir nicht alles erreicht, was wir uns vorgenommen hatten, nämlich: mit den Menschen zusammen (nicht stellvertretend für sie), basisdemokratisch, Alternativen zu der gängigen Politik, wie sie seit Jahrzehnten in Wilhelmshaven (s. *Dreckiger Sumpf, Wilhelms wahnsinnige Erben* usw.!) praktiziert wird, aufzuzeigen und zu leben.

Nun - die Walli ist nicht tot. Wir als Personen leben ja noch und unsere Gedanken und Vorstellungen von einer veränderten und gerechten Gesellschaft, die wir in unserem Programm ausdrückten, existieren nach wie vor. Dass wir gegen das Hafenprojekt sind, war und ist nur ein Aspekt. Meiner zugegeben unmaßgeblichen Meinung nach wird Wilhelmshaven hier die Arschkarte ziehen: Die Bürger der Stadt und der Region werden die damit verbundenen Umweltzerstörungen und Belastungen zu tragen haben, die Gewinne hieraus werden jedoch woanders eingesackt. Zweifelsohne, einige gut bezahlte Jobs, nämlich die der "Macher", sind durch das Projekt soweit gesichert, Arbeitsplätze darüber hinaus werden jedoch bei einem modernen computergesteuerten Containerhafen bekanntlich nur sehr spärlich geschaffen und in der Region nach wie vor rar gesät bleiben (bei einer Investitionssumme - aus Steuergeldern wohl gemerkt - von acht- bis neuhunderttausend Euro ein Tropfen auf den heißen Stein; in Wilhelmshaven suchen etwa zehntausend Menschen einen Arbeitsplatz!).

In seinem Leserbrief in der Dezember-Ausgabe des Gegenwind schreibt J. Tjaden, dass sein Beitritt zur WSAG unter massivem Protest der Walli-Mitglieder stattfand.

Unsere Einwände richteten sich nicht in erster Linie gegen seinen Beitritt als solchen, sondern gegen die Aussage, in den verbleibenden Mitgliederinnen und Mitgliedern sowie Unterstützerinnen und Unterstützern der Walli gleich ein adäquates Wählerpotential zu haben (s. Gegenwind vom März 2005). Dies empfand die Mehrheit von uns als undemokratisch und als Übergriff und Instrumentalisierung. Zu Recht, wie ich im Nachhinein meine, ist J. Tjaden doch inzwischen wieder aus der WASG ausgetreten. Dass wir ihm nicht unkritisch überallhin gefolgt sind, nahm er meines Erachtens zum Anlass, die Walli zu verlassen. Weiß er, außer dass er im Rat der Stadt bleiben will, überhaupt noch, wo er politisch hinwill? Geht es ihm noch um Inhalte oder vielleicht doch nur um persönliche Profilierung?

Ob die WASG, die in der Tat in ihren politischen Aussagen

★ **Weg mit Hartz IV**

★ **Schluss mit weiterer Privatisierung und dem Verhökern von Volkseigentum**

★ **die Unterwerfung des Menschen unter die Interessen der Wirtschaft lehnen wir ab**

★ **Arbeitslose dürfen nicht für jeden Lohn an jedem Ort in jede beliebige Arbeit gepresst werden**

★ **Demokratie ist grundsätzliche Voraussetzung für eine gerechte, menschenwürdige und friedliche Gesellschaft usw.,**

von allen demokratischen Parteien den Vorstellungen der Walli noch am nächsten ist, in der Lage sein wird, das umfangreiche Arbeitspensum und die Themenvielfalt für eine wirkungsvolle kommunale Politik zu leisten, wird sich zeigen.

Ohne seine wahrhaft engagierte Arbeit schmälern zu wollen – J. Tjaden versucht, mit derlei Aussagen und seinem Agieren links-ökologische, oppositionelle Potenziale zu schwächen, statt dazu beizutragen, sie durch ein breites Bündnis zu stärken. J. Tjadens neu gegründete Gruppierung BASU (Bildung, Arbeit, Soziales, Umwelt) umfasst erst einmal nur Schlagworte ohne inhaltliche Aussage.

Wer sollte schon auf einen Zug aufspringen wollen, von dem man nicht weiß, wohin er fährt? Besser mit dem "Langsamsten" (um Tjadens Terminus zu verwenden) in die richtige Richtung als mit Volldampf in die verkehrte!

Ich meine: Nur gemeinsam (ein Jeder nach seinem Vermögen) werden wir etwas ausrichten können, wollen wir die starren politischen Strukturen auch nur ein Stück weit aufbrechen.

**Karl-Josef Dellwo  
Wilhelmshavener Alternative Liste**

*P.S. Ob der Durchbruch zum Bau eines neuen Jugendzentrums in WHV-Nord wirklich so positiv für die dortige Jugend wird, kann man anzuzweifeln. Erstens wird den Jugendlichen etwas vorgesetzt, statt mit ihnen zusammen etwas in ihrem Sinn zu erarbeiten, und zweitens geben die Stadtoberen wieder etwas in private Hände, was eigentlich ihnen obliegt. Zu befürchten ist, dass die Jugendlichen und auch die Stadt sich zur Führung und Unterhaltung des Jugendzentrums den Bedingungen des Eigentümers unterordnen müssen; dies gilt sowohl für die Aktivitäten der Jugendlichen als auch für die dann zu entrichtende Miete.*

# Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak  
Legasthenietherapie  
Lese-/Rechtschreibtraining  
Diagnose und Beratung  
Auskunft und Anmeldung  
04421 - 99 64 70

# Links? Rechts? BASU?

## Gespräch mit Joachim Tjaden zur Kommunalwahl 2006

(hk) Ende letzten Jahres gründete der aus der WALLI ausgetretene Ratscherr Joachim Tjaden die BASU – Freie Liste Wilhelmshaven. BASU steht für Bildung, Arbeit, Soziales und Umwelt. Der Gegenwind sprach mit Joachim Tjaden über seine Position zur WALLI, zur WASG und wie es denn angehen kann, dass er jetzt mit zwei christdemokratischen Ratsmitgliedern antritt.

**Gegenwind:** Was ist los mit dir? Erst trittst du aus der WALLI aus, dann aus der WASG. Was passt dir an diesen Gruppen nicht? Sind die zu links?

**Joachim Tjaden:** Ganz ehrlich, mit der Einordnung von 'ganz Linken' habe ich schon meine Probleme. Hinter der Bezeichnung 'Links' verstecken sich zu viele, die eigentlich keine echte politische Position einnehmen, sich lediglich durch diese Bezeichnung von anderen abheben wollen. Darauf kommt es aber nicht an. Aber deine Frage fing anders an. Das Thema WALLI ist für mich abgeschlossen. Ich habe die WALLI mit aufgebaut und viel Arbeit investiert. Es gab jedoch niemanden in der WALLI, der mitarbeiten wollte oder konnte. Außerhalb dieser Gruppe hat kaum jemand bemerkt, dass es uns eigentlich nicht gab. Egal was gemacht werden sollte oder musste, es machte keiner.

Mir blieb keine andere Wahl, als alles selbst zu machen. Trotzdem hätten wir sicherlich nach der nächsten Wahl mit 3 Sitzen rechnen können. Nur tatsächlich antreten wollte niemand. Was sollte ich machen? Mit der WALLI wieder antreten, tatsächlich mehr als ein Mandat erreichen und melden, dass niemand das zweite Mandat wahrnehmen will? Als kommunalpolitisch aktive Gruppe hat es die WALLI nie wirklich gegeben. Sie lebte einzig von meiner Arbeit. Tausende von Kopien habe ich verteilt, keiner hat sie gelesen. Stundenlang habe ich berichtet, keiner wollte es hören. Man hat sogar beschlossen, dass ich nicht mehr berichte. Wenn ich Meinung nicht in Taten umsetzen will, gehe ich in eine Kneipe und gründe einen Stammtisch.

**Und von der WASG hast du dir etwas anderes versprochen?**

Auch die WASG war eine gute Idee. Auf Bundesebene die Mehrheiten in die richtige Richtung verändern, da wollte und musste ich mitmachen. Schon komisch, bei der nächsten WALLI-Sitzung waren wir tatsächlich einmal mehr als zwei Personen, und wegen meiner Mitgliedschaft bei der WASG wollte man mich fast aus der WALLI ausschließen.

Dazu kam die Arbeit vor Ort. Tausend gute Ideen. Nur abarbeiten wollte das keiner. Das kannte ich irgendwie. Heute bin ich froh darüber, dass ich nicht, wie vorgesehen, für die WASG kandidiert habe.

**Und jetzt die BASU. Auch noch zusammen mit den christdemokratischen Ratsmitgliedern Ender und Homann – was soll das?**

Ich bin 2001 angetreten, um etwas in Wilhelmshaven zu bewegen. Was hier alles im Argen liegt, weiß ich nach den letzten 4 Jahren im Rat. Ich wollte auf jeden Fall 2006 wieder zur Wahl antreten. Als Einzelkandidat machte das aber keinen Sinn. Natürlich müssen wir die Kräfte bündeln, um etwas bewirken zu können. Doch ich wusste, dass es noch andere Wilhelmshavener gab, die darüber nachdachten, wie sie sich zur Wahl aufstellen können. Auch im Rat der Stadt gab es

einige, die mit mir zusammen etwas machen wollten. Dabei muss eines jedoch beachtet werden. Bei dieser Kommunalwahl können unterschiedliche Gruppen nicht mehr zusammen antreten, müssen also ohnehin eine gemeinsame Gruppe bilden, in welcher sie als Person, nicht als Gruppe, Mitglied sind.

Nach meiner Meinung lief die Zeit ab, um den Grundstock für die Kommunalwahl zu legen. Das tat ich dann am 14. November 2005 gemeinsam mit 10 anderen Interessierten. Wir gründeten die BASU. Das war genau der Schritt, auf den einige Unentschlossene gewartet haben.

**Bist du dann an Ender und Homann herangetreten oder umgekehrt?**

Es war schon erstaunlich, wer gleich nach Gründung der BASU alles auf mich zukam. Auch die Ratsmitglieder Axel Homann und Joachim Ender. Da unsere Ziele für die nächsten Jahre in fast allen Punkten übereinstimmen, war die Zusammenarbeit logisch. Dazu kommt in diesem Fall noch, dass die BASU jetzt mit 3 Mandaten im Rat vertreten ist und die Vorteile schon heute nutzen kann. Alle regen sich immer darüber auf, dass die meisten Ratsvertreter der Meinung ihres Vorsitzenden folgen und notfalls gegen ihre eigene Überzeugung abstimmen.

Jetzt sagen wir, und ohne diese Grundvoraussetzung gäbe es diese Zusammenarbeit nicht, dass wir durchaus auch einmal unterschiedlicher Meinung sein können und dürfen. Auch abstimmen würden wir in diesen Fällen unterschiedlich. Es wird sicher nur selten vorkommen, wir wissen schon sehr genau, was wir wollen und was nicht.

**Warum soll jemand bei der diesjährigen Kommunalwahl die BASU wählen, wenn er weiß, dass da eine völlig beliebige Meinungsbildung abläuft?**

Es gibt keine völlig beliebige Meinungsbildung innerhalb der BASU. Die Mitglieder der BASU sind sehr gut über die Verhältnisse in Wilhelmshaven informiert. Wir haben uns viele Gedanken darüber gemacht, was verändert werden muss und wohin der Weg gehen soll. Normal denkende Menschen sind da ohnehin in fast allen Bereichen einer Meinung.

**Ich kann doch als Gegner des JadeWeserPort nicht BASU wählen, wenn Mitglieder der BASU öffentlich erklären, dass sie für die Realisierung dieses Projektes arbeiten.**

Die Zeit, in der Wilhelmshaven irgendeinen Einfluss auf das Thema JadeWeserPort nehmen konnte, ist schon lange vorbei. Und selbst wenn Wilhelmshaven etwas entscheiden oder beeinflussen wollte, interessiert das doch keinen in Land und Bund.

Von daher ist der JadeWeserPort kein kommunales Thema mehr, über das entschieden werden müsste.

Ich, und das beweise ich jeden Tag, werde alles tun, diesen Wahnsinn zu verhindern. Dabei bin ich, zusammen mit den vielen hundert aktiven Hafengegnern, fast am Ziel. ➤

Und wenn es im Rat der Stadt tatsächlich noch einmal etwas zum Thema JadeWeser-Port geben sollte, ist klar, dass ich nicht weniger dagegenhalten habe als bisher. Die Möglichkeiten dazu sind sogar besser als vorher. Jetzt kann ich in alle Akten sehen, wenn es denn welche gibt, die ich nicht schon kenne. Das konnte ich vorher nicht. Und wer sich einmal erinnern möchte: Schon vor längerer Zeit haben es Homann und Ender mit ihrer Stimme möglich gemacht, dass ich JadeWeserPort-Akten einsehen konnte.

**Was für eine Politik will die BASU betreiben?** Sicher können die Bürger das nicht mehr hören, weil schon viele das vor der Wahl gesagt, aber danach nicht gemacht haben: Wir werden die Bürger über alle Vorgänge in der Stadt informieren und uns anhören, was sie davon halten. Wir werden den Bürgern aber nicht, nur weil es Stimmen bringen könnte, nach dem Mund reden. Nicht alles, was schön sein würde für die Bürger, wird auch machbar sein.

**Kannst du uns konkrete Ziele der BASU nennen?**

Die Frage, warum die Bürger die BASU wählen sollten, müsste mit vielen Fakten erklärt werden, das wird zu lang, und wir werden dazu sicher ausführlich etwas sagen. Aber in Kürze einige Beispiele, weil uns die schon sehr bald hart treffen werden.

**B wie Bildung:** Immer weniger Einwohner und damit auch weniger Kinder. Dass Wilhelmshaven darauf auch in Bezug auf die Anzahl und Größe von Schulen reagieren muss, ist unbestritten. Längst hätte sich die Politik intensiv und ehrlich mit dem Thema beschäftigen müssen. SPD und auch CDU sitzen das Thema aber aus. Wir gehen mit großen Schritten auf eine undurchdachte Hau-Ruck-Lösung zu. Alle Fachleute warnen davor, noch länger untätig abzuwarten. Wir können ganz sicher nicht jede Schule erhalten. Wir werden das Thema aufgreifen und schon vor der Kommunalwahl sagen, wohin der Weg gehen sollte.

**A wie Arbeit:** Ergebnislos stecken wir Millionen in Wirtschaftsförderung. Ergebnislos! Das muss sich dringend ändern. Immer mehr kleine und mittlere Betriebe, und die sind das Standbein der Wirtschaft und schaffen dauerhafte Arbeitsplätze, wandern ab oder kommen nicht hierher. Diese Betriebe müssen aktiv unterstützt werden. Wenn die Wirtschaftsförderungsgesellschaft dazu nicht in der Lage ist, müssen wir sie auflösen und die Arbeit wieder unter Aufsicht des Rates durchführen lassen.

**S wie Sozial:** Wie sozial sind wir immer noch SPD-regierten Wilhelmshavener? Sozialen Einrichtungen werden die Mittel gestrichen, obwohl wir alle wissen, dass dadurch Probleme entstehen, die wesentlich mehr Kosten verursachen. Aus reiner Willkür werden den ALG II-Empfängern in Wilhelmshaven geringere Mietkosten als vorgesehen gezahlt. Angeblich wegen der geringeren Mietpreise in Wilhelmshaven. Angeblich kann nachgewiesen werden, dass preiswerterer Wohnraum zur Verfügung steht. Dass es sich dabei zum großen Teil um Wohnraum handelt, der abgerissen werden müsste, kümmert die Politik nicht. Wir müssen heute lesen, dass Wilhelmshaven ein Spitzenreiter ist, wenn es da-

rum geht, wie viele Kinder nicht genug zu essen haben.

**U wie Umwelt:** Wilhelmshaven, die Grüne Stadt am Meer. Stimmt noch. Sicher darf ein noch so schöner Baum nicht die Schaffung eines Arbeitsplatzes verhindern. Nur, wenn massive Eingriffe vorgenommen werden, die Sachverständigen in Umweltfragen aber erst dann darüber informiert werden, wenn große Baumbestände durch den Kamin wandern, läuft hier etwas falsch.

Aber weil ich glaube, dass der Gegenwind nicht genug Platz hätte, alles das abzudrücken, was wir ganz sicher auch wirklich verändern werden, sollten wir das vielleicht an dieser Stelle abkürzen.

**Was stimmt dich so optimistisch, dass die BASU einen längeren Atem hat als vorangegangene Parteigründungen?**

Anders als in den letzten Jahren sehe ich um mich herum Leute, die tatsächlich aktiv und kreativ mitmachen.

*Ist es nicht wichtig, dass es in Wilhelmshaven eine starke Opposition gibt? Da kann man doch nicht eine solche Zersplitterungspolitik betreiben!*

Zuerst wäre es wichtig, dass Wilhelmshaven eine politische Mehrheit hätte, die zum Wohle der Stadt und der Bürger arbeitet. Dass dazu auf der Gegenseite eine starke Opposition gehören würde, ist vollkommen klar. Wir haben diese Opposition im Rat heute nicht. Die CDU weiß nicht,

was sie wirklich will, und macht es der SPD viel zu leicht.

Zersplitterungspolitik betreiben diejenigen, die sich nicht aufstellen, die nicht deutlich sagen, dass sie aktiv werden wollen. Die BASU kann und will die Zusammenarbeit. Wenn aber heute noch angeblich gut informierte Gruppen darüber nachdenken, zur Kommunalwahl gemeinsam anzutreten, die eigenen Namen aber zu behalten, können wir auf diese Leute nicht warten. Wer tatsächlich die Zusammenarbeit, die Bündelung der vorhandenen Kräfte will, hat nur zwei Möglichkeiten:

1. als bestehende Gruppe anzutreten, oder
2. sich mit anderen Gruppen zusammenzuschließen.

Das geht nach den neuen Gesetzen nicht anders. Bei der letzten Kommunalwahl war es noch möglich, als Verbindung mehrerer eigenständiger Gruppen anzutreten. Jetzt nicht mehr. Mit der BASU gibt es jetzt eine Gruppe für all diejenigen, die wirklich zur Kommunalwahl antreten wollen. Das bedeutet jedoch, Mitglied der BASU zu werden.

Ich habe also mit der Gründung der BASU keine Zersplitterungspolitik betrieben, sondern den einzigen Weg, der möglich ist - Gründung einer ganz neuen Gruppe - aufgezeigt. Zusammen unter einem Namen die Kräfte bündeln und mit einer Stimme antreten. Ganz ehrlich, Hannes, glaubst du tatsächlich daran, dass z. B. alle Mitglieder der PDS, der Grauen Panter usw. aus ihren Gruppen austreten würden, um für die Kommunalwahl in die WASG einzutreten? Oder alle aus der WASG austreten und in die PDS eintreten würden, um als PDS anzutreten?

Und selbst wenn, wann hätten sie sich dazu entschieden? Ganz sicher nicht rechtzeitig.

*Vielen Dank für das Gespräch.*



# Mütter Zentrum

Werftstr. 45  
Tel. 506 106

## Secondhand

Shop für Mutter und Kind  
ab Februar 2006 in neuen  
Räumen mit neuen  
Öffnungszeiten:

Dienstag - Donnerstag von  
10.00 - 18.00 Uhr

Werftstraße gegenüber dem  
Mütterzentrum des  
SOS - Kinderdorf e.V.  
Tel: 04421/506106

**SOS - Mütterzentrum**  
in Zusammenarbeit mit dem  
Verein Wilhelmshavener  
Familienhilfe

**Mit Ihrem Einkauf**  
unterstützen Sie die Angebote  
unserer Einrichtung für  
sozial benachteiligte Familien  
in Wilhelmshaven

Zur Eröffnung unser Geschenk  
an Sie:

**Einkaufsgutschein**  
im Wert von  
**5,00 Euro**  
pro Familie

**Öffnungszeiten**  
**Cafe MüZe:**

Montag bis Freitag

9.30 bis 13.30 Uhr

Mittwochs auch

15 - 18 Uhr





# Ackis Rundschatz

## Der Wilhelmshavener Ratsherr Joachim Tjaden berichtet

### Hotelbau-Altlasten

Nicht gesucht, angeblich bei der Stadt nicht bekannt und trotzdem gefunden hat man an der Wiesbadenbrücke eine alte Ölleitung. Jetzt ist man sich wohl über die Entsorgungskosten einig geworden. Ist damit alles wieder gut? Würden die Verantwortlichen jetzt Nägel mit Köpfen machen, dann ja! Aber wieder geht man halbherzig an die Arbeit. Entsorgt wird nur das Stück dieser Leitung, welches sich auf dem Baugrundstück des Hotels befindet. Dass die Leitung noch wesentlich weiter geht, ist klar. Aber gemacht wird an diesem Stück nichts. Es bleibt uns für spätere Jahre und andere Projekte erhalten.

Ob das jetzt der letzte Baustopp, der letzte unliebsame Fund auf dem Gelände ist, wage ich zu bezweifeln. In alten Zeichnungen gibt es weitere Eintragungen, die auf Altlasten schließen lassen.

Auch aus Berichten von Ortskundigen entnehme ich, dass hier wohl noch weitere Leitungen (z.B. unter Druck stehende Abflussleitungen) liegen könnten. Ob diese Leitungen noch irgendwo an das Kanalnetz angeschlossen sind, wird man entweder durch Studium der Akten feststellen können oder aber erst dann, wenn diese Leitungen durch Überbauung beschädigt werden.

Zur Sicherheit sollten sich die städtischen Mitarbeiter noch einmal genauer mit den alten Plänen beschäftigen und die alten Mitarbeiter der Wiesbadenbrücke befragen.

### Grünkohl, boßeln, Bauchtanz

Der Tauschring Wilhelmshaven lädt ein zum Grünkohlessen mit boßeln und orientalischem Tanz am **28.01.2006** um **15.00 Uhr** in das Stadtteilhaus Nord in FGroden, Posener Str. 97.

**Information und Anmeldung unter  
Telefon: 04421 879249**

Der Teilnahmebeitrag beträgt pro Person EUR 6,00 inklusive Getränke. Alternativ kann ein vegetarisches Essen bestellt werden.

**Tauschring Wilhelmshaven**  
im Stadtteilhaus Nord,  
FGroden, Posener Str. 97,  
26388 Wilhelmshaven

#### Info-Treffen:

Jeden 1. Mittwoch im Monat um  
20.00 Uhr in FGroden.  
Tel. 04421 879249 u. 23339  
Fax: 04421 879249 u. 23339  
E-Mail: info@tauschring-whv.de  
Internet: www.tauschring.info

### Erst 4, dann 6, dann 7, dann??

Der JWP wird gebaut, sagt man. Man sagt aber so viel. Erst sagt man, den Planfeststellungsbeschluss haben wir spätestens Ende 2004, dann sagt man, den haben wir Mitte 2005. Danach sprach man davon, dieses Papier Ende 2005 zu haben. Neulich hörte ich, dass wir sicher sein können, diesen Beschluss Mitte 2006 zu bekommen. Heute hörte ich, es wird wohl Ende 2006 werden können. Was höre ich morgen?

Die Schuldigen sind gefunden. Nein, nicht die Planer, die durch ihre oberflächliche Arbeit für die meiste Verzögerung sorgten, die Hafengegner sind schuldig. Gut, ein Schuldiger muss gefunden werden.

Bevor es jedoch überhaupt dazu kommen kann, dass die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest die Unterlagen wieder aus dem Keller holt, müssen die schon bekannten Planänderungen durch die Verfahren laufen, was sicherlich noch etwas dauern wird.

Jetzt kommt noch hinzu, dass man nicht auf unseren Oberbürgermeister hören wollte und nun für das geplante JWP-Bahngleis auf dem Voslapper Groden ganz neue und aufwändige Untersuchungen und Verfahren anschieben muss.

Es werden, wenn die Realisierungsgesellschaft die Vorarbeiten dazu irgendwann erledigt hat, mindestens zwei zusätzliche Erörterungstermine nötig. Allein diese Termine benötigen mit Vor- und Nachlauf einige Monate.

Was höre ich also übermorgen? Den Beschluss haben wir sicher Anfang 2007.

Für die Beschäftigten der Realisierungsgesellschaft ist das natürlich nicht schlecht.

### WoBau-Jade

Die Mieten steigen in kurzen Abständen. Jetzt wieder um mehr als 10%. Viele Mieter können diese Miete schon heute nicht mehr aufbringen. Es ist nicht die erste Mieterhöhung und wird auch nicht die letzte sein.

Preiswert ist Wohnraum bei der WoBau-Jade ohnehin schon lange nicht mehr. Aber wie kann eine 10%ige Erhöhung überhaupt rechtens sein?

Wir alle wissen, dass die WoBau-Jade verkauft werden musste, weil die Verantwortlichen die Stadt in eine extreme finanzielle Krise gestürzt hatten und der Verkaufserlös dringend benötigt wurde. Vertraglich wurde vieles geregelt, auch die Mietpreiserhöhungen.

Haben die politisch Verantwortlichen gewusst, was der Vertrag regelt? Glauben wir einmal, sie haben das nicht überblicken können. Denn die Miete darf laut Vertragsklausel um durchschnittlich 3% erhöht werden. Und da liegt das Problem. Werden die Mieten des Bestandes nur bei 1/4 der Wohnungen angehoben, darf diese Erhöhung 12% betragen. Und genau das passiert heute. Die WoBau-Jade erhöht nicht alle Mieten, sondern nur die Mieten eines Teils ihres Bestandes. Ausgebadet wird das nun von den Mietern. □

## Linkes Bündnis zur Kommunalwahl

Obwohl wir in unserer letzten Ausgabe ein falsches Datum für das zweite Treffen angegeben hatten, klappte es ganz gut: Am 15. Dezember und danach am 19. Januar trafen sich zahlreiche an der Kommunalpolitik interessierte Menschen in der Gaststätte „Schwarzer Bär“, um über die Frage einer Beteiligung an der Kommunalwahl in diesem Herbst zu beraten. Und das Projekt nimmt konkrete Formen an.

Der Personenkreis im Dezember und im Januar war nicht genau der vom ersten Treffen im November, zu dem die WASG eingeladen hatte. Je mehr Leute an einer Sache beteiligt sind, desto schwieriger ist es bekanntlich, Termine zu finden, an denen alle können. Die Schnittmenge derer, die bei allen drei bisherigen Treffen war, ist jedoch groß genug, um Wahllisten für alle Wilhelmshavener Wahlkreise erstellen zu können. Diejenigen, die eine Kandidatur bei der Kommunalwahl in Erwägung ziehen, stammen aus den unterschiedlichsten Tätigkeitsfeldern, sodass hier auch viel Wissen, Erfahrung und Kompetenz versammelt ist.

Sowohl die WASG als auch die Linkspartei haben erklärt, dass sie nicht als Einzelparteien an der Wahl teilnehmen wollen, sondern ein breites linkes Bündnis anstreben und unterstützen werden. Bei der bislang letzten Sitzung am 19.01. war auch die WALLI fast vollzählig vertreten.

Die inhaltliche Diskussion ist noch nicht weit vorangeschritten – nach so kurzer Zeit kann man das wohl auch nicht erwarten. Die Bedingungen dafür sind jedoch geschaffen worden. In einer regen Debatte wurde eine lange Liste von Themen, mit denen sich eine Gruppierung beschäftigen muss, die kandidieren, viele Stimmen gewinnen und in den Rat einziehen will, zu vier Themenkomplexen zusammengefasst. Beim nächsten Treffen werden sich Arbeitsgruppen dazu bilden, um die inhaltliche Diskussion konzentriert führen zu können.

Noch nicht festgelegt ist der Name der Wählergemeinschaft, die da entsteht. Das ist ein bisschen unhandlich, besonders für Pressemitteilungen. Deshalb haben sich die beteiligten Gruppen und Einzelpersonen wenigstens schon mal einen vorläufigen Namen gegeben: linker kommunalpolitischer Arbeitskreis. So wird die Wählergemeinschaft am Ende bestimmt nicht heißen, doch so kann man doch jedenfalls erkennen und wiedererkennen, was gemeint ist. Bis ein Listenname stehen muss, also bis die Kandidatur zur Kommunalwahl angemeldet werden muss (Juni), werden die WASG und die Linkspartei das Thema abschließend beraten haben und einen Namensvorschlag machen.

Der linke kommunalpolitische Arbeitskreis trifft am 9. Februar 19.30 Uhr in der Gaststätte „Schwarzer Bär“ wieder zusammen. Und er ist natürlich weiterhin offen für weitere Linke, die die künftige Kommunalpolitik mitgestalten wollen.

(noa)

# Jagdszenen in Sande

## Da haben wir was ausgelöst – aber was genau???

(noa) Nach dem Erscheinen der letzten Gegenwind-Ausgabe, so erfuhren wir aus zwei ganz unterschiedlichen Quellen, die sich völlig unabhängig voneinander an uns wandten, soll es bei Reichelt Elektronik in Sande zu "Jagdszenen" gekommen sein.

Die Firmeninhaberin selber, Frau Reichelt, teilte uns mit, sie habe ermittelt, dass unser Beitrag eine Unwahrheit beinhaltet habe: Keineswegs hätten wir mit Leuten gesprochen, die noch ihrem Betrieb beschäftigten seien – sie habe nämlich jetzt herausgefunden, wer mit uns gesprochen habe, und das seien alles Ehemalige. Herausgefunden habe sie das, indem ihre MitarbeiterInnen, empört über unseren Bericht, sich gegenseitig befragt hätten, und da habe es fast schon eine Hexenjagd gegeben.

Und zum Thema Betriebsrat sagte Frau Reichelt uns, dass ein solcher zwar in ihrem Hause nicht notwendig sei, dass sie aber selbstverständlich nichts dagegen unternehmen werde, wenn jemand einen installieren wolle.

Von einer Hexenjagd berichteten auch mehrere Reichelt-Mitarbeiter bei der Gewerkschaft ver.di. Gleich am Tag des Erscheinens unserer Ausgabe 213 habe die Chefin zu einer Betriebsversammlung eingeladen. Dort

habe sie gesagt, dass sie auf keinen Fall einen Betriebsrat wolle. Und sie habe unsere InformantInnen als "Nestbeschmutzer" bezeichnet und wörtlich gesagt: "Ich kriege sie alle!" Die Jagdszenen scheinen tatsächlich stattgefunden zu haben. Die KollegInnen, die bei ver.di Rat gesucht haben, berichteten allerdings, dass die leitenden Angestellten auf Anordnung von Frau Reichelt ihre Untergebenen "verhört" hätten. Um etwas Druck in die Vernehmungen zu bekommen, sei Geld zurückbehalten worden: Abteilungen, die einen bestimmten Krankenstand unterschreiten, bekommen zum Jahresende eine Prämie. Und diese Prämie sollte nun erst dann ausgezahlt werden, wenn alle "Nestbeschmutzer" ausfindig gemacht wären.

Der Gegenwind schließt mit der Veröffentlichung der folgenden zwei Leserbriefe die Berichterstattung über Reichelt Elektronik bis auf Weiteres ab und hofft, dass das Nächste, was wir darüber hören, die Betriebsratswahl betrifft. □

Betrieb dieser Größenordnung unüblich, keinen zu haben.

Mitarbeiter, welche die Firma verlassen müssen, reden sicherlich in 90 % der Fälle nicht positiv über ihre vorigen Vorgesetzten.

Aber ist es nicht das Recht der Chefin und ihrer Zubringer (auf die ist jeder Chef angewiesen), über das Wohl der Firma und der Mitarbeiter zu entscheiden. Dazu gehört nun auch mal, dass nicht jeder bleiben kann. Auch befristete Verträge sind durchaus legitim, unsere Regierung verlängert schließlich die Probezeiten ständig.

Bestätigen kann ich nur die Aussage, dass Frau Reichelt so etwas wie eine Mutter für die Mitarbeiter ist. Zeigen Sie mir einmal die Chefin, die sich so bemüht, eine so tolle Weihnachtsfeier zu organisieren! Eine Frau, welche so beschäftigt ist und sich dieses trotzdem nicht nehmen lässt. Beim Treffpunkt begrüßt Frau Reichelt so gut wie jeden Mitarbeiter mit Namen und freut sich über jeden, der kommt. Solche Feiern sind ein Erlebnis und führen auch zum Kennenlernen in dem immer größer werdenden Betrieb. Auch hat sie immer ein offenes Wort für Probleme der Mitarbeiter. Wenn möglich, hilft sie, Probleme

## Einladung zum Arbeitskreis

Am 02. Februar 2006 um 20.00 Uhr findet im Restaurant Am Kreuzelwerk, Freiligrathstr. 432 in Whv. das nächste öffentliche Treffen des ökologisch, alternativen und überparteilichen Gesprächs- und Aktionsarbeitskreises "Miteinander - Füreinander" statt.

Alle Interessierten, die Mut und Motivation haben sich kreativ und konstruktiv zu Veränderungen außerhalb der eingefahrenen Wege in Wilhelmshaven einzubringen, sind herzlich eingeladen.

Info unter Tel.: 04421 879249

zu beseitigen. Natürlich ist so eine Angelegenheit ein gegenseitiges Nehmen und Geben. So soll es auch sein. Viele persönliche Dinge aus dem Leben der Mitarbeiter gehen an ihr nicht vorüber. Ob eine Geburt, eine Prüfung, eine Hochzeit oder vielleicht ein Todesfall in einer Familie, sie ergreift sofort die Initiative und geht zum Mitarbeiter, um zu gratulieren (mit Geschenk) oder Trauer auszusprechen. Ich selber habe diesen Fall erlebt und mich über die persönliche Teilnahme gefreut. Auch 1/2 Jahr nach dem Tod meines Schwiegervaters erkundigt sie sich noch, wie unsere Mutter/Schwiegermutter zurechtkommt. Das ist ein schönes Gefühl.

Ich habe erlebt, wie sehr Frau Reichelt die Behauptungen gekränkt haben, natürlich steht sie bis zu einem gewissen Grad darüber. Aber das war wohl doch ein bisschen dicke. Man muss sich auch vor Augen halten, was diese Frau aufgebaut hat und wie vielen Menschen und deren Familien sie eine Zukunft bietet. Ich bin selbst schon 46 Jahre alt, was meinen Sie wohl, wie viele Bewerbungen ich vorher geschrieben habe? Ich bin froh, dass ich, wenn natürlich auch in abgespeckter Form, dort in Sande arbeiten kann.

Neider gibt es in der heutigen Zeit immer, leider auch von Kollegen und ehemaligen Kollegen. Sicherlich liegt das eine oder andere auch im Argen, aber wo herrscht jeden Tag nur Sonnenschein? Positives Denken und Handeln, das lebt uns unsere Chefin täglich vor. Hut ab vor dieser Frau und was sie für diese Region macht! Nicht unerhebliche Spenden gehen auf ihr Konto. Sie vergisst nicht die Kranken usw.

Schade, dass vieles in dem Bericht so negativ dargestellt wurde!

Mit freundlichem Gruß  
Marion Schlundt

## leserbriefe

*Sehr geehrte Damen und Herren, mit Entsetzen habe ich von dem Bericht in der Zeitung "Gegenwind" gehört und mir so gleich den Bericht besorgt.*

Vieles ist für mich unverständlich. Zum Beispiel zum Thema Betriebsklima. Ich kann nur sagen, dass ich seit über 3 Jahren in der Firma bin und bei uns in der Abteilung "Schreibbüro" ein angenehmes Klima herrscht. Jeden Tag freue ich mich auf meine Kollegen, mit denen wir immer unsere Späße machen. Sicherlich ist unser Gelache der Chefin auch schon mal zuviel gewesen. Auch wir bekamen dann einen Rüffel, den aber zu Recht, denn manchmal übertreiben wir es auch. Natürlich kann ich nichts zu jeder Abteilung sagen, aber ich denke, es gibt immer solche und solche.

Zum Thema Betriebsrat kann ich nichts sagen, da dieses Thema bei uns im Büro noch nicht aktuell war. Sicherlich ist es in einem

**Moin,**

**neben viel Gesundheit und vielen schönen Sonnentagen im Jahre 2006 wünschen wir Ihnen und den zahlreicher werdenden Rohrdommeln im neu angelegten Naturschutzgebiet auf dem Voslapper Groden mehr denn je verantwortungsvolle, weitsichtige und intelligente Kommunalpolitik für Wilhelmshaven!**

Kontakt: [www.basu-whv.de](http://www.basu-whv.de)

email: [info@basu-whv.de](mailto:info@basu-whv.de)



Joachim Ender | Joachim Tjaden | Axel Homann

**BASU**  
FREIE LISTE FÜR  
WILHELMSHAVEN

BILDUNG | ARBEIT  
SOZIALES UMWELT

[WWW.BASU-WHV.DE](http://WWW.BASU-WHV.DE)

**BASU TREFFEN: REGELMÄSSIG 2X IM MONAT, JEDEN 1. UND 3. MONTAG IM KREUZELWERK AB 19.00 UHR!**

## Das ist für mich kein Rufmord!

*Betroffen habe ich den Bericht über Reichelt gelesen. Ich selbst habe eine ganze Weile in dieser Firma gearbeitet, bis ich aus unerfindlichen Gründen meine Kündigung bekam.*

Meine Meinung über Frau Reichelt und Frau P. ist nicht die beste. Man wird unterdrückt, wo es nur geht. Es gibt absolut keine Motivation der Mitarbeiter. Es wird nur das Schlechte hervorgehoben, da kommt kein Lob über die Lippen von Frau Reichelt oder Frau P.

Es herrscht ein Rede- und Lachverbot!

Frau P. stellt sich sehr oft am Tag auf die obere Station (G), um von dort oben einen tollen Überblick zu haben, damit sie dann die Mitarbeiter gleich zur Schnecke machen kann, oder sie geht durch die verschiedenen Stationen, um zu schauen, wer nun schon wieder quatscht.

Damit aber nicht genug, jeden Monat haben die Angestellten Panik, weil es dann wieder heißt: Frau P. geht mit dem Fehlerzettel durch. Das macht ihr wohl Freude, weil sie dann mal wieder zeigen kann, was sie dort für eine Stellung hat! Sie nimmt die Mitarbeiter nicht zur Seite, um ihnen zu sagen, wie viele Fehler sie gemacht haben, nein, sie macht es vor allen anderen. Damit dann noch nicht genug, es werden dann noch die Fehler hochgerechnet. Ein Beispiel: Man hat in einem Monat nur zwei Tage gearbeitet, den Rest hatte man Urlaub, in diesen zwei Tagen hat man einen Fehler gemacht. Das wird dann hochgerechnet auf "ungefähr elf Fehler"! Und wehe, man fängt an zu diskutieren, fragt, wie das angehen kann! Dann hat man gleich alle Chancen auf einen Festvertrag verspielt! Man kann dort nur überleben, wenn man ein Kuschler ist, zu allem Ja und Amen sagt, die Schnauze hält und nur auf die Mollen schaut! Ich habe oft gesehen, wie Frau P. die Kollegen so fertig gemacht hat, dass diese weinend zur Toilette gegangen sind! Sehr viele Kollegen meinen, dass Frau P. einfach völlig überfordert ist. Sie lässt dann ihren Frust bei den Kollegen ab.

Dieser Spruch, den Frau Reichelt zitiert hat ("Gute Menschen lernen von den schlechten mehr als schlechte von den guten"), würde nicht auf die Kollegen passen, sondern auf Frau P.! Ich finde es schrecklich, dass Frau Reichelt so denkt! Entweder sie ist eine supertolle Schauspielerin, oder sie hat keine Ahnung, was in ihrem Betrieb abläuft. Auf jeden Fall ist Frau Reichelt keine Mutter, die sich um die Mitarbeiter kümmert, nein, man kommt nicht mal in ihre Nähe. Sie will auch gar nicht wissen, was los ist, so schaut sie immer, wenn sie durch ihren Betrieb läuft. Sie will nicht angesprochen werden, das weiß ich aus eigener Erfahrung.

Einmal im Jahr kommen irgendwelche Prüfer ins Haus, die dann auch die Mitarbeiter fragen, ob alles in Ordnung wäre. Da gibt es wohl ein Punktesystem, geht wohl bis 100, die Leute trauen sich logischerweise nicht mal annähernd die Wahrheit zu sagen; Frau Reichelt würde ja sofort erkennen, welche Abteilung keine 100 Punkte bekommen hat, und dann würden Köpfe rollen.

Zum Trinken muss ich auch noch etwas loswerden. Es gibt dort ein Zwei-Klassen-System. Techniker, alle im Büro, die Verpackung und (im Sommer) Station G – diese Mitarbeiter dürfen trinken.

Warum dürfen die anderen Kommissionierer/innen nicht trinken, warum müssen sie

zuschauen, wenn andere die Flasche ansetzen? Kassierer bei Karstadt hin oder her, das ist nicht fair, entweder alle oder keiner! Man hängt mit trockener Kehle rum, und andere dürfen neben einem trinken! Selbst wenn man Frau P. erzählt, dass man eine Blasenentzündung hat und etwas trinken muss, sagt sie, dass man aus dem Wasserhahn auf der Toilette trinken soll, man darf nicht einmal in solchen Fällen auf der Toilette ein Getränk hinstellen.

Betriebsrat, das ist auch so ein Thema. Kein Angestellter von Reichelt wird sich outen, das steht fest, und Frau Reichelt weiß das! Weil die Kollegen dann schneller ihre Kündigung haben, als sie schauen können! Der Arbeitsmarkt sieht immer schlechter aus. Die Menschen, die Arbeit haben, wissen, dass genug vor der Tür stehen, die ihren Job haben wollen. Alle Kollegen brauchen diesen Job, auch wenn sie ihn ätzend finden – sie haben einfach Angst, und das wird ausgenutzt!

Marion Hock



**WASG**  
**Die Wahlalternative**

**Andere Politik ist möglich. Jetzt mitgestalten.**  
04421- 46 68 36  
[www.w-asg.de](http://www.w-asg.de)

## Guten Morgen Sonntag???

*Die in Wilhelmshaven ansässige "Guten Morgen Sonntag"-Redaktion veröffentlichte in ihrer Ausgabe Nr. 1/ 2006 als "Gespräch der Woche" einen Bericht über eine in Wilhelmshaven lebende selbsternannte Kartenlegerin namens Brigitte Mengeler unter dem Rubrum "Nicht mit den Wimpern klimpern". Da war in dem Bericht u.a. folgendes zu lesen: "... Psychopathen mit krimineller Energie werden nach ihrer (Anm.: Frau Mengelers) Vorhersage die Bürger verunsichern. Ich denke da an die ehemalige Jugendherberge, wo entsprechende Wohngruppen eingerichtet werden sollen; da ist nichts eingezäunt". ....*

Angesichts einer derart unterstellenden, diskriminierenden Aussage der Kartenlegerin einerseits und der diesbezüglichen und insoweit erheblich schlimmeren, weil vor allem wohl unseriösen, verantwortungslosen Berichterstattung andererseits frage ich die "Guten Morgen Sonntag"-Redaktion, wer mit Frau Mengeler dieses redaktionelle Gespräch denn führte und wer das veröffentlichte Gespräch zuerst suchte: Die "Guten Morgen Sonntag"-Redaktion oder Frau Mengeler selbst?

Dagegen wirkt der Schluss des Berichts mit der Aussage der Kartenlegerin "Ich bin an meine Schweigepflicht gebunden" nur noch wie ein hilfloser Versuch, eine wohl kaum aus den Karten gelesene, rein persönliche Meinung wiedergebende Bürgerverunsicherung bzgl. der von ihr geäußerten psychopathischen kriminellen Energie wieder auszubügeln. Was hat die Kartenlegerin eigentlich gegen zukünftige psychisch erkrankte BewohnerInnen der ehemaligen Jugendherberge? Ist es vielleicht die nicht sehr große

räumliche Distanz zu ihrem Domizil in der Fritz-Reuter-Straße? Ihre geäußerten erheblichen persönlichen Aversionen gegen kranke Menschen haben jedenfalls nichts mit der Ausübung ihrer Tätigkeit des Kartenlegens zu tun.

Insgesamt ist der Bericht ein Beispiel dafür, wie man ihn so nicht hätte veröffentlichen dürfen, das hätte die "Guten Morgen Sonntag"-Redaktion in einer Redaktionskonferenz besprechen oder vielleicht schon vorher besser aus dem Kaffeesatz lesen können ...

**Hans-Günter Osterkamp**  
**Peterstraße 79**  
**26382 Wilhelmshaven**

## Frauen in Südafrika

### Südafrika nach der Apartheid:

Hoffnungsfroh blickte die Bevölkerung Südafrikas am Ende der Apartheid 1994 in die Zukunft. Alle Bürgerinnen und Bürger des Staates sollten von nun ab gleichberechtigt friedlich gemeinsam leben. Nicht alle Erwartungen wurden erfüllt, die Realitäten haben die Träume eingeholt. Manchmal scheint es, dass auf den Frauen eine besonders große Last liegt.

Welche Möglichkeiten haben die Frauen jetzt, sich an der gesellschaftlichen Entwicklung zu beteiligen?

**Referentin:** Gugu Shabalala, Swaziland, z.Zt. Falkenburg

**Zeit:** Montag, 06. Februar 2006, 16.00-18.00 Uhr

**Ort:** Ev. Familienbildungsstätte Wilhelmshaven, Feldmark 56

**Leitung:** Millicent Botsio, Dieter Qualmann

Akademie Regional im Kirchenkreis Wilhelmshaven



*Der GEGENWIND ist nicht das Verlautbarungsorgan einer Organisation. Er wird gemacht von Leuten, die zur politischen Linken um Gewerkschaften, Friedens-, Umweltschutz- und Frauenbewegung, SPD, Grüne und Alternative gehören. Die Zeitung versteht sich als Diskussionsforum der Linken in Wilhelmshaven und Umgebung. Themenbereiche des GEGENWIND sind Arbeit, Kultur, Kommunalpolitik, Umwelt, Soziales.*

*Der Gegenwind sieht es als seine Aufgabe an, Informationen und Kommentare zu verbreiten, die sonst keine Chance auf Veröffentlichung hätten, aufzuklären, sich einzumischen und Einfluss zu nehmen. Der GEGENWIND wird durch Beiträge des GEGENWIND-Vereins, des GEGENWIND-Förderkreises und durch Anzeigen finanziert. Kritik und Mitarbeit der LeserInnen sind erwünscht.*

# Keine rechtfertigende Geschäftsgrundlage!

## INEOS-Antrag für neue und erweiterte Produktionsverfahren steht vor der Tür.

(jm) Für die INEOS-Beschäftigten bricht eine Art Adventszeit an: Sie dürfen jetzt hoffen, dass ihre Arbeitsplätze bald sicherer werden. Denn der unters Volk gebrachten guten neuen Mär nach zu urteilen, strebt der Konzern u.a. den Bau eines Ethancracks und den Anschluss an den Äthylen-Pipelineverbund in Nordrhein-Westfalen an, will das technisch veraltete Chlor-Natronlaugewerk durch eine modernere Anlage ersetzen und die Produktion von Vinyl-Chlorid-Monomer (VCM) sowie Poly-Vinyl-Chlorid (PVC) drastisch erhöhen.

Wieder mal soll ein gigantisches Unternehmen in Wilhelmshaven verwirklicht werden. Doch wie üblich erfährt man nichts darüber, welchen Anteil der Steuerzahler zu diesem Milliardenprojekt beitragen müsste und wie viel davon über Einnahmen (z.B. über die Gewerbesteuer) wieder in die Steuercassen zurückfließen würde. Nur soviel ist bekannt: *„Bund und Land wollen die Investition mit einer Ausfallbürgschaft absichern. Das Land hat INEOS auch Fördermittel in Aussicht gestellt. Zahlen wollte der Ministerpräsident aber nicht nennen.“* (NWZ, 25.05.05)

Zudem dürfte folgende Klausel aus dem ICI-Ansiedlungsvertrag von 1978 noch immer Gültigkeit haben: Nämlich die Verpflichtung des Landes Niedersachsen, *„...dafür zu sorgen, dass ein Anschluß des Betriebsgeländes an ein Äthylenrohrleitungsnetz in Nord-südrichtung (...) ohne direkte Investitionskosten für die Firma zur Verfügung gestellt wird.“*

### Kosten-/Nutzen-Rechnung negativ

Schon an den Kosten der ersten Baustufe des ICI-Kombinats vor 25 Jahren war allein das Land Niedersachsen mit mindestens 350 Millionen DM (netto) beteiligt. Bei den jährlichen Gewerbesteuereinnahmen munkelte man zunächst von 6 Millionen DM und später, dass die ICI ihre Abgaben lieber im steuergünstigeren Ausland bezahlen würde. Konkret nachzulesen war allerdings nur allgemein gehaltener Katzenjammer über Mindereinnahmen bei den Gewerbesteuern von der Großindustrie am seeschifftiefen Fahrwasser. Ein Beispiel: *„Der erreichte Status droht wieder zusammenzubrechen. Unsere Gewerbesteuern sind in diesem Jahr von 81 auf 41 Millionen Mark zurückgegangen, weil prognosewidrig auch die Öl- und Energiewirtschaft ‚nicht mehr geht‘. (...) Denn – so der Oberstadtdirektor – die multinationalen Konzerne als Hauptsteuerzahler hätten aus konzernverständlichen Gründen nicht eigenes, sondern (mit 3%igem Zinssatz vom*

*Land Niedersachsen - der Verf.) geliehenes Geld investiert. Wenn diese kaum noch Gewerbesteuern bezahlen würden – Gewerbesteuern nach Gewinn seien vielfältig manipulierbar – hätte Wilhelmshaven für die Industrieansiedlungen in Partnerschaft mit Bund und Land ‚keine rechtfertigende Geschäftsgrundlage‘ mehr.“* (WZ-Bericht vom 28.10.1982 über einen Brief vom damaligen Oberstadtdirektor Dr. Gerhard Eickmeyer an den Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl)

### Leimrute Arbeitsplätze

Und wie sollen sich die gewaltigen Betriebserweiterungen und Produktionssteigerungen auf die Beschäftigung auswirken? Zurzeit wird der Betrieb lt. INEOS-Angaben von 450 Mitarbeitern in Gang gehalten. 300 sollen lt. Presseberichten dazu kommen und dazu noch 300 „indirekte“ Arbeitsplätze für die Region. Belastbare Quellen werden nicht genannt. Sogar der nds. Ministerpräsident Christian Wulff hängt sich aus dem Fenster: Er rechnet mit 400 bis 500 zusätzlichen Arbeitsplätzen – für die Region! (NWZ, 25.05.05).

Doch die Vergangenheit lehrt uns, dass Arbeitsplatzankündigungen auch von Ämter- bzw. Regierungsseite häufig unseriöse PR-Aktionen sind. Zur Erinnerung dazu einige Beispiele in drei Phasen:

### 1. Frohe Botschaft

*„Wilhelmshavener Grodenfläche in festen Händen. Die letzten 300 ha werden jetzt ausgehandelt*

*(...) Zwei internationale Unternehmensgruppen konkurrieren um diesen letzten größeren Platz am seeschifftiefen Fahrwasser der Jade. Beide Gruppen sind im petrochemischen Bereich angesiedelt, und beide bringen in etwa die gleiche Produktpalette mit an den Verhandlungstisch, nämlich Grundstoffe der Halbprodukte für die Kunststoffherstellung(PVC).*

*Die eine Gruppe unter britischer Führung will im Endausbau rund 3000 Menschen beschäftigen und benötigt für die 4-Stufen-Projektion 300 ha Geländefläche.“* (WZ, 11.03.1977)

*„Von ICI herzustellende Chemieprodukte bieten für Unternehmen aus dem Weiterverarbeitungsbereich einen Anreiz, sich in der Nähe niederzulassen, das Gleiche gilt für Unternehmen aus dem Zulieferbereich. Damit schafft die Errichtung der petrochemischen Anlagen in einer Art Initialzündung den Grundstein für eine eigenständige positive Wirtschaftsentwicklung, in der staatliche Förderungsmaßnahmen überflüssig werden.*

*In der Regel ist davon auszugehen, daß die Schaffung eines Arbeitsplatzes in der Petrochemie mindestens einen Arbeitsplatz in Folgebereichen nach sich zieht; diese Zahl kann je nach Grad der Weiterverarbeitung auf 5 ansteigen. Durch den von der ICI geplanten Ausbau werden in zehn Jahren also im ungünstigsten Falle etwa 4.000 Arbeitnehmer – davon werden rd. 15.000 bis 20.000 Einwohner des Raumes Wilhelmshaven abhängig sein – Beschäftigung finden.“*

*(Berichtsentwurf von 1978 „Transport gefährlicher Güter zu den geplanten DFTG-/ICI-Umschlagbrücken“ der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest)*

### 2. Irritationen am Gabentisch

*„Wirtschaftsexperten warnen überdies vor allzu großen Hoffnungen in das Projekt. Zwar verkündete Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht, als er den ICI-Vertrag unterschrieb: ‚ICI wird für vier Milliarden Mark in etwa 10 bis 12 Jahren die größte Industrieansiedlung des Landes verwirklichen und 2000 Arbeitsplätze schaffen.‘ Diese Zahlen waren auch im Vertragstext als Absichtserklärung genannt. Der Chef der deutschen ICI, Professor Peter Schmitt, setzte jedoch nur wenige Tage später den Erwartungen einen Dämpfer auf: ‚Diese Summe ist vom Ministerpräsidenten genannt worden, nicht von uns. Wir haben nur erklärt, dass wir in Wilhelmshaven bis 1980 für 800 Millionen Mark Anlagen bauen und 520 Arbeitsplätze schaffen werden.‘* (Stern Nr. 9 vom 20. 02. 1980)

### 3. Schöne Bescherung

Im Oktober 1981 nahm die ICI die Produktion mit 380 Beschäftigten auf. Zuvor wurden von der schweizerischen Firma Alusuisse die Chlor-/Natronlauge-Fabrik mit einer Produktionskapazität von 170.000 Jahrestonnen (jato) Chlor und 140.000 jato Natronlauge aufgekauft sowie die 120 dort Beschäftigten übernommen. (Die Chlorfabrik war ursprünglich als Vorstufe zu einem Tonerde- bzw. Rohaluminium-Kombinat mit 3.000 angekündigten Beschäftigten geplant worden...)

Schon bald erreichte man mit 300.000 jato VCM und 115.000 jato PVC die Produktionskapazitäten der ersten Ausbaustufe. 1987 wurde die Produktionserhöhung auf 380.000 jato VCM und 180.000 jato PVC beantragt und daraufhin genehmigt. Und trotz Ausbau der VCM-/PVC-Produktionskapazitäten wurden Arbeitsplätze eher abgebaut, und in der Weiterverarbeitung sind erst gar keine entstanden: *„Personalabbau bei ICI stärker als befürchtet / 20 Prozent sollen gestrichen werden*

*Wie Wilhelm Jürgens vom ICI-Betriebsrat gestern mitteilte, will die Unternehmensleitung bis Ende 1995 insgesamt 70 Stellen streichen. Da die Mitarbeiterzahl bereits seit Oktober 1993 von damals 461 um 25 Beschäftigte reduziert worden sei, bedeute dies einen Abbau von 20 Prozent in gut zwei Jahren.“* (WZ, 22.04.1994)

In den folgenden Jahren wurde die genehmigte Jahresproduktion des heute unter dem Namen INEOS firmierenden Anlagenbetreibers auf bis zu 420.000 t VCM und 380.000 t PVC erhöht. Die Chlor-/Natronlaugeproduktion dürfte auf gleichem Stand geblieben sein...



An- und Verkauf von  
Schallplatten und CD's  
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics  
u.v.m.  
Bahnhofstr. 7 \* 26382 Wilhelmshaven  
Tel.: (04421) 4 21 84

## Aktion Panthersprung

INEOS will mit erheblicher Unterstützung des Steuerzahlers offenbar zu einem Gewaltsprung ansetzen:

► Sowohl die VCM- als auch die PVC-Anlage sollen auf eine Produktionskapazität von jeweils 620.000 t erweitert werden

► Die alte Chlor-/Natronlaugefabrik auf dem Rüstereieler Groden soll durch ein neues – in enger Nachbarschaft zu den VCM-/PVC-Anlagen gebautes – Werk ersetzt werden. Die neue Anlage mit einem Jahresausstoß von 400.000 t Chlor soll mittels des umweltverträglicheren Membranverfahrens betrieben werden. (Ein Teil davon dürfte verkauft und auf dem Schienenwege abtransportiert werden.) Der alte mit dem Amalgamverfahren arbeitende Quecksilberemittent und die 12 km lange Chlorgasleitung durch den Rüstereieler und Voslapper Groden sollen dann endlich außer Betrieb gesetzt und abgerissen werden.

► Die ca. 200.000 t Trockensalz zur Chlor-/Natronlaugeerzeugung, die bislang noch per Schiff importiert werden müssen, sollen zukünftig durch Ausspülungen von Salzstöcken bei Etzel oder Jever bzw. im Wilhelmshavener Kavemenfeld Rüstringen gewonnen werden. Über eine bis zu 25 km lange zweisträngige Sole-Pipeline soll das verflüssigte Salz zum Werk gepumpt und das entsalzte Wasser zurück in die ausgespülten Hohlräume der Salzstöcke gepumpt werden.

► Das Vorprodukt Äthylen, das INEOS bislang importieren muss, will der Konzern zukünftig aus dem im Nordsee-Erdgas enthaltenen Ethananteil durch den Neubau eines Crackers selbst herstellen. Dazu müsste die so genannte Euro-Pipe bei Dornum/Ostfriesland angezapft und der Ethananteil in einer dort zu errichtenden Gasseparierungsanlage abgetrennt werden. Über eine 45 km lange Pipeline könnte das Ethan dann zum Ethan-cracker gepumpt werden. In einer ersten Ausbaustufe soll der Cracker 750.000 t Äthanol produzieren. Davon 350.000 t für die Eigenproduktion von VCM und 400.000 t für den Verkauf (denkbar wäre auch der Verkauf in Form von Überschussproduktion des Zwischenproduktes 1,2 Dichlorethan).

► Für den Äthylentransport zu den Käufern will man sich per 275 km langer Rohrleitung bei Gelsenkirchen an das dortige Pipeline-netz anschließen.

## Gewöhnungstier Mensch

Was kommen da für zusätzliche Risiken und Belastungen auf uns zu? Wir haben uns zwar nach 25 Jahren Betriebsdauer an den Chemiegiganten gewöhnt und die Störfälle und Verfehlungen waren offenbar nicht nachhaltig genug, um sich im kollektiven Gedächtnis festzusetzen:

► Verpuffung in der VCM-Anlage mit Abblasen von ca. 400 kg Chlorwasserstoff und 15 – 20 t Katalysatorstaub mit Aluminiumoxyd und Kupferchlorid am 01.12.1981

► Unkontrollierter Austritt von ca. zwei Tonnen 1,2 Dichlorethan (EDC) in die Jade am 05.11.1990

► Zwei Chlorgasausbrüche auf dem Rüstereieler Groden am 25.06.1993

► Sauerstoffleitung der VCM-Anlage durch Überdruck geplatzt. Pulverförmiges Aluminiumoxyd und Kupferchlorid vom SW-Wind in Richtung Hooksieler Hafen getrieben am 19.10.1998

Auch an die Strafanzeigen wegen

► Überschreitung der erteilten Einleitbedingungen von Quecksilber in die Jade im Jahr 1984

► Anlieferung dioxinhaltiger Abfallschlämme auf der Sondermülldeponie in Ochtrup 1994

dürfte sich kaum noch jemand erinnern.

Es hätte weit schlimmer kommen können, z.B. bei den Gefahrguttransporten durch Sande, die scheinbar aus dem Bewusstsein gelöscht worden sind. Und noch ist nicht bekannt, was durch die Produktionsausweitung an zusätzlichem Gefahrgut durch friesische Lande rollen würde...

Genauso vergessen sind die Warnungen von Umweltorganisationen und Chemiefachleuten wie z.B. Imre Kerner, der Anfang Februar 1983 auf einer Veranstaltung in Wilhelmshaven vor der Wirkung von Chlorkohlenwasserstoffen gewarnt hat. Diese würden unter Einwirkung von Licht und Wärme so lange zerfallen, bis sich Verbindungen ergeben, die so stabil sind, dass sie weder durch Licht noch durch Wärmeentwicklung zerfallen. Diese Stoffe, allen voran das Nervengift Dioxin, haben eine Krebs erzeugende und Krebs fördernde Wirkung, sind für Chromosomenschäden und Mutationen verantwortlich.

Chlorkohlenwasserstoffe werden nicht nur bei der Produktion von EDC und VCM freigesetzt.

Weil PVC von der Produktion bis zum Wegwerfen problematisch ist, ist seit den achtziger Jahren ein ganzer Chor warnender Stimmen laut geworden, die vor diesem Stoff warnen:

► Umwelt- und Verbraucherverbände haben vor in PVC verpackten Lebensmitteln und vor Kinderspielzeug aus PVC gewarnt.

► Toxikologen wiesen auf die Bildung von Chlorwasserstoff und Dioxinen sowohl bei Wohnungsbränden als auch bei der Müllverbrennung hin usw.

Umweltverbände forderten aus den diversen Gründen den Ausstieg aus der PVC-Produktion.

Doch auf der Suche nach Ersatzstoffen zeigt sich schon bald, dass es kaum noch einen Bereich gibt, den dieser Kunststoff nicht erobert hat. Bislang ist noch kein Ersatzstoff erfunden worden, der PVC in seiner gesamten Anwendungsbreite ersetzen kann. Doch es gäbe die Möglichkeit, ihn langsam zurückzudrängen:

► In Deutschland hatten sich 80 Gemeinden – darunter Schortens, Jever und Sande – zu "PVC-freien Zonen" erklärt.

► Die Polybetahydroxybuttersäure (PHB) kam als Ersatzstoff insbesondere für den Verpackungsbereich ins Gespräch. Die ICI selbst hat mit dem Stoff unter dem Namen Biopol experimentiert.

► PVC-Produkte sollten für den Verbraucher gekennzeichnet werden.

Mit dem eingängigen Schlagwort "PVC bedeutet Probleme vom Chlor" brachte man die Risiken des Umgangs mit Chlorkohlenwasserstoffen auf den Punkt...

Dazu ein Statement der Gegenseite in Person des ehemaligen ICI-Managers Dr. Gerhard Czieslik zum PVC-Produkt: "Diese Gesellschaft lebt mit den Vorteilen dieses Materials, dann muss sie auch mit den Nachteilen leben können." (WZ, 25.05.1989) □

# Günstiges Baugeld

## Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:  
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144



VERSICHERUNGSGRUPPE



## Reparaturen aller Fabrikate spez. Volvo und Renault

Reifendienst  
Achsvermessung  
TÜV/AU  
Abschleppdienst  
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel  
Tel. 04425 990870 Fax 990872  
www.tenge-strohbach.de

**Tenge & Strohbach**  
Kfz-Technik

## AMERICAN STYLE RESTAURANT & COCKTAILBAR



ÖFFNUNGSZEITEN:  
MO-DO 9 - 2 UHR  
FR 9 - 5 UHR  
SA 10 - 5 UHR  
SO 10 - 2 UHR

WV, BAHNHOFSTR. 23 (KINOZENTRUM), TEL. 04421/ 983 506

# Noch ein Kohlekraftwerk?

## Belgischer Stromproduzent lässt Standorte prüfen

(Joachim Tjaden) Fast könnte man aus den Berichten der letzten Wochen entnehmen, die Würfel seien schon gefallen und Wilhelmshaven bekäme ein zweites Kraftwerk auf dem Rüstersieler Groden.

Die Electrabel mit Hauptsitz in Belgien betreibt einige Kraftwerke in Belgien, darf dort kein weiteres mehr errichten und möchte sich daher nach Deutschland orientieren, um hier weitere Kraftwerkskapazitäten zu errichten. Die Electrabel Deutschland AG prüft im Moment, wo in Deutschland ein Kraftwerk gebaut werden kann. Dabei steht auch Wilhelmshaven auf der Liste der möglichen Standorte. Man prüft zunächst die Gegebenheiten vor Ort in Wilhelmshaven und Stade näher. Wo schlussendlich weiter geplant wird, entscheidet sich erst nach der Beurteilung der möglichen Standorte.

Untersucht wurde jetzt auch der Bau und Betrieb eines 800 MW-Kohlekraftwerkes am Standort Wilhelmshaven im Rüstersieler Groden, ohne dabei schon Näheres über das Betriebskonzept festgelegt zu haben. Sicher ist, es soll ein Kohlekraftwerk werden, welches fast ausschließlich mit Importkohle betrieben werden soll.

Wie in solchen Verfahren üblich und vorge-schrieben, wurden die Umweltverbände am 12.12.05 zu einem Scopingtermin ins technische Rathaus geladen (scoping: näher betrachten). In diesem Termin wurde deutlich, dass die Absicht der Electrabel, das Kraftwerk tatsächlich in Wilhelmshaven zu errichten, wenig konkret ist.

Trotzdem gibt es einiges anzumerken, ohne dabei auf Details einzugehen.

Neben der Frage der Befuerung, hier Steinkohle, ist die Kühlung eines Kraftwerkes von entscheidender Bedeutung. Eine Festlegung auf die möglichen Kühlsysteme gibt es jedoch bisher nicht und wird auch erst dann getroffen, wenn ein tatsächlicher Standort gefunden ist.

Der Hauptwasserbedarf von Wärmekraftwerken entsteht für Kühlzwecke, wobei der Kühlwasserbedarf im Wesentlichen von der Art des eingesetzten Kühlsystems abhängt.

Zur Kühlung werden in den Unterlagen zwei Varianten beschrieben: Durchflusskühlung oder Kühlung über Kühlturm (Naturzug-Maß-Kühlturm).

Das für die Durchflusskühlung benötigte Kühlwasser könnte aus dem Jadebusen entnommen und nach Aufnahme der Prozesswasserwärme wieder in den Vorfluter (36 m<sup>3</sup>/s) eingeleitet werden.

Hier dürfte das erste Problem bestehen. Wie bekannt, hat schon heute das bestehende e.on-Kraftwerk erhebliche Probleme mit dem Kühlwasserkreislauf, welche sich durch den geplanten JWP noch erheblich verschärften würden. Zusätzliche Warmwassermengen eines zweiten Kraftwerkes, welches zudem in unmittelbarer Nähe geplant wird, kann die Jade nach den heutigen Bestimmungen ganz sicher nicht mehr aufnehmen.

Beim Einsatz eines Naturzug-Nass-Kühlturmes werden Luft und Wasser zur Kühlung genutzt. Die Wärme wird dabei größtenteils durch Verdampfung des Kühlwassers und teilweise durch Erwärmung der Umgebungsluft abgeführt. Hierbei muss man jedoch mit zusätzlichen erheblichen Lärmemissionen rechnen.

Die Planer geben einen Wert von 120 dB(A) bei Naturzugkühlung an, welcher durch Lärmschutzmaßnahmen auf 100 – 106 dB(A) reduziert werden könnte. Bei Durchlaufkühlung ist die Lärmbelastung mit 100 dB(A) angegeben.

In den Unterlagen steht dazu wörtlich:

*“Vor dem Hintergrund der aktuellen Planungen für den JadeWeserPort Wilhelmshaven muss davon ausgegangen werden, dass in den für die Kraftwerksplanung besonders relevanten Immissionsorten IO 6 - IO 10” (Anm.: Das sind Voslapp Mitte, Mitte Süd, Süd und Rüstersieler Nord und Mitte) “die Gesamtbelastung den zulässigen Immissionsrichtwert im Nachtzeitraum bereits vollständig ausschöpft oder bereits geringfügig überschreitet.”*

Die Schallausbreitungsrechnung mit einem flächenbezogenen Schalleistungspegel von 57 bzw. 60 dB(A)/m<sup>2</sup> nachts für die in Aussicht genommene Kraftwerksfläche zeigt, dass der für das Kraftwerk zulässige Immissionspegel am maßgeblichen Immissionsort Rüstersieler Nord den nächtlichen Immissionsrichtwert 40 dB(A) um mindestens 11 dB(A) unterschreiten muss.

Nach den vorliegenden Unterlagen gehen die Planer davon aus, dass trotz der Überschreitung der Lärmwerte eine Genehmigung nicht versagt werden darf. Die nähere Erklärung hierzu ist wenig verständlich.

Da aber bisher nur über mögliche Standorte nachgedacht wird, ist sicherlich nicht angesagt, schon heute intensiv in dieses Thema einzusteigen, aber es muss natürlich im Auge behalten werden. Auch die Frage, ob tatsächlich zusätzliche Kraftwerkskapazitäten benötigt werden, ist noch lange nicht beantwortet. Die neue Bundesregierung plant momentan den Ausstieg vom Ausstieg aus der Atomkraft, was bedeutet, dass die deutschen Atomkraftwerke weit länger am Netz bleiben werden als bisher geplant. □

## Theatertipp: “Es tut uns leid- Sie sind gefeuert!”

Kann man das Thema “Arbeitslosigkeit in Zeiten der New Economy” spannend, bis-sig und humorvoll auf die Bühne bringen, ohne in geschmackloses Boulevardtheater abzugleiten? Auch Andreas Neu, der die Vorlage (nach dem autobiografisch beeinflussten Roman von Graham Lord) lieferte, war gespannt, als er zwei Stunden vor der Premiere an der Landesbühne in Wilhelmshaven eintraf. Die Uraufführung seines Stückes in Dresden war ziemlich in die Hose gegangen – “reiner Klamauk”.

Um so mehr geriet die Umsetzung durch Jochen Strauch (Regie) und Christoph Batscheider (Dramaturgie) zu einer positiven Überraschung. Mit einer Wahnsinnsenergie, die sich nach der Pause noch steigerte, trieben die Darsteller den Plot voran und bewiesen beim raschen Rollenwechsel ihre Vielseitigkeit, allen voran Heike Clauss. Peter Hallam (fantastisch: Johannes Simons), nach 24 Jahren vom eiskalten Jungspund Jason Skudder (cool: Björn Klein) aus seinem Job gedrängt, verliert alles – Haus, Frau, Freunde. Doch angetrieben von seiner schrägen Schwiegermutter (sexy: Sibylle Hellmann) verhartet er nicht in der Opferrolle, sondern sinnt auf Rache – als moderner “Graf von Monte Christo”.

Der Einsatz der guten alten Drehbühne (in moderner Form) unterstreicht die mitreißende Dynamik der Handlung. Lässt Hallam sich anfangs naiv auf dem Karrierekarussell mitschaukeln, so ist er es, der – zunächst mit Mühe und dann immer spielerischer – Richtung und Geschwindigkeit bestimmt.

“Rache und Gerechtigkeit – das sind zwei verschiedene Dinge” stellt Hallam am Ende fest, was seine Genugtuung kaum schmälert. Womöglich, hoffentlich, ist es mehr als ein schönes Märchen, dass Kollegialität, Fairness und die Erfahrung älterer Arbeitnehmer die brutalen, schnelllebigen Methoden der New Economy besiegen.

Imke Zwoch

**Unsere Bewertung: Auf keinen Fall verpassen!**

Nächste Aufführungen am 4., 15. und 22. Februar jeweils um 20 Uhr im Stadttheater.

**Gemeinsam gegen Kälte**  
Benefizkonzerte zugunsten obdachloser Menschen

**Beckmann spielt Cello**

Sein Celloklang rührt bis tief ins Herz hinein. (Die Welt)

Bach-Freundinnen und -Freunde sollten sich den Abend des 14. Februar freihalten. Da heißt es nämlich: “Beckmann spielt Cello”, und zwar um 20 Uhr in der Banter Kirche. Thomas Beckmann gilt vielen als einer der bedeutendsten Cellisten seiner Generation. Vier CDs hat er bislang eingespielt. Und er zeigt soziales Engagement durch bundesweite Tourneen, bei denen er zugunsten wohnungsloser Menschen in Kirchen und Konzertsälen ohne Gage auftritt. Bei dieser Tournee spielt er Johann Sebastian Bachs Suiten für Violoncello solo.

Der Eintrittspreis beträgt 15 Euro (ermäßigt 8 Euro). Karten gibt es bei der WHV Touristik Freizeit GmbH, Ebertstr. 110, Tel. 91 300-0, beim Diakonischen Werk, Weserstr. 182, Tel. 92 65 0, im Kirchenbüro Bant, Werftstr. 75, Tel. 26 25 5, in der Bücherstube Babatz in Jever, Tel. 04461/71949 oder an der Abendkasse.

# Ratssplitter

18. Januar 2006

mal wieder neu zusammengeschnitten von Imke Zwoch

## ✓ Verwirbelungen

erzeugte der Zusammenschluss der Ratsherren Tjaden (ehem. WALLI), Homann und Ender (beide ehem. CDU) zur BASU-Fraktion. Die machte nämlich von ihrem Recht Gebrauch, eine Umverteilung der Ausschussmandate zu beantragen.

Im Ergebnis sprang dabei für die neue Fraktion genau ein Ausschussvorsitz heraus. Laut Berechnung nach dem de Hondt'schen Verfahren waren zwei der 14 Ausschussvorsitze zwischen BASU und CDU auszulösen, wobei drei Ausschüsse zur Wahl standen. Die Lottofee spielte der OB, der einen der zwei Zettel aus einer kleinen Plastikmülltonne fischte. (Entgegen anders lautenden Behauptungen trug er dabei keine mit kleinen Containern zugeklebte "Wetten dass"-Brille). Menzel zog die CDU, die sich für den Finanzausschuss entschied, den damit wie gehabt Ratsherr Molitor leitet. Für Rang 13 fiel die Wahl automatisch an die BASU, die nun dem (von ihr favorisierten) Ausschuss für Straße und Grün vorsteht (Vorsitz – ohne Stimmrecht: Ender, Vertreter Homann). Der übrig gebliebene Grundstücksausschuss fiel automatisch an SPD/Grüne.

Des weiteren erhielt die BASU je einen Sitz im Finanz- und im Ältestenausschuss, in allen anderen Ausschüssen ist sie jeweils mit einem Grundmandat (nur beratende Stimme) vertreten. Tjaden nimmt diese wahr für Umwelt und Landwirtschaft, Wirtschaft und maritime Fragen, im Bau-, Grundstücks- und Sportausschuss, Homann im Verwaltungs- und im Sportausschuss, in den übrigen ist die BASU durch Ender vertreten.

Für alle Umbildungen gab es zur Freude des Ratsvorsitzenden Schmidt "wie so oft einen einstimmigen Beschluss".

Über die Symbolik einer Mülltonne im Zusammenhang mit der Besetzung von Ratsgremien schweige ich mich hier besser aus.

## ✓ Verärgerung

zeigte FDP-Ratsherr von Teichman darüber, dass diese Sitzung auf Antrag der BASU überhaupt stattfand. Man wolle doch sparen, wo es geht, erinnerte er, auch bei Sitzungsgeldern. Und mit der Umbildung von Ausschüssen hätte es Zeit gehabt bis zur Sitzung im März.

Mit dieser Einschätzung stand er ziemlich allein auf weiter Ratsflur. Abgesehen davon, dass das "demokratische Mitwirkungsrecht in der Nds. Gemeindeordnung verankert" ist (Menzel), stehen bis März vor allem Haushaltsberatungen an – unter Beteiligung der Ausschüsse, in denen die BASU erst durch die Umbildung vertreten ist, vor allem stimmberechtigt im Finanzausschuss.

Schmidt fasste zusammen: "Hier wird parlamentarisch sauber gearbeitet!"

## ✓ Verzweiflung

packte Ratsherr Tjaden, als er vergeblich versuchte, Folgendes zu erklären: Die Betreiberin eines Bratwurststandes würde auch in der

Saison 2006 wieder am Geniusstrand stehen und auch für einen Toilettenwagen sorgen – wenn die Stadt dafür auf Strom-, Wasser-, Kanal- und sonstige Gebühren verzichtet. Ziel ist, so lange wie möglich – bis zum ersten Rammschlag für den JadeWeserPort – eine minimale Infrastruktur für ein ungetrübtes Strandleben bereitzuhalten. Und zwar mit geringem unternehmerischem Risiko, das schon im letzten Jahr durch die provisorischen Rahmenbedingungen und zusätzlich den verregneten Sommer arg strapaziert wurde.

CDU und SPD taten sich jedoch schwer, die Bedingungen als Paket zu akzeptieren. Bratwurst und Klo – ja bitte gern, aber ein Gebührenentlass erschieben ihnen ungerecht z. B. gegenüber Beschickern der Wochenmärkte. 2005 hatte Tjaden auf eigene Rechnung die Unternehmerin finanziell entlastet. Menzel: "Niemand hat Sie damit beauftragt." Tjaden: "Das habe ich für die BürgerInnen getan. Nicht für den Oberbürgermeister." Menzel: "Außerdem sind wir nicht ohne Badegelegenheiten – Südstrand, Klein Wangerooge (wenn da nicht gerade mal wieder Badeverbot wegen giftiger Algen herrscht – red.), Freibad Nord." Zudem gäbe es "Hunderte Kilometer ohne Bewirtschaftung an der deutschen Nordseeküste". Richtig, nämlich überall da, wo auf Grund der natürlichen Gegebenheiten keine Badestrände existieren, bzw. wo kein Geld da ist für künstliche Sandaufschüttungen. Der Geniusstrand ist der einzige natürlich entstandene Sandstrand der südlichen Nordseeküste.

Tjaden versuchte nochmals zu verdeutlichen, dass der BASU-Antrag nur als Ganzes im Sinne der Unternehmerin wäre. Trotzdem wurde auf ergänzenden Antrag der CDU einzeln über die Bedingungen abgestimmt, mit dem Ergebnis: einstimmig für einen kostenfreien Stellplatz für Imbiss- und Toilettenwagen, aber mehrheitlich gegen eine Gebührenbefreiung.

Wenn nicht noch ein Wunder geschieht oder Tjaden oder sonst wer wieder in die eigene Tasche greift, werden die Strandbesucher diesen Sommer wohl wieder ihre Stullen mitbringen und ins Wasser pinkeln müssen.

## ✓ Verschwiegenheit

breitet sich stets übers Kopfen der Ratstische, wenn eine Anfrage zu den Finanzen einer städtischen Gesellschaft gestellt wird. Diesmal interessierte sich Tjaden für die "Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH". 2005 standen der WFG 700.000 Euro für Aufwendungen für den JadeWeserPort zur Verfügung, vom Rat genehmigt – unter der Annahme, dass Mitte 2005 Baubeginn für den Hafen sein und damit für die WFG erheblicher Handlungsbedarf bestehen würde. Dem war bekanntlich nicht so. Also fragte Tjaden, ob Gelder aus dem Titel für das Hafenprojekt verwendet wurden; wenn ja, für welche Arbeiten und in welcher Höhe – und mit welchen konkreten Ergebnissen?

Das hätte mich auch brennend interessiert. Doch Menzel spielte sein für solche Fälle vorgesehenes inneres Tonband ab: Der Wirtschaftsplan für die WFG würde jährlich den Ratsgremien vorgelegt; er selbst habe Auskunft in allen Angelegenheiten der Gemeinde zu erteilen, aber hier handele es sich um gesellschaftsinterne Angelegenheiten.

Mehr als 80.000 EigentümerInnen dieser Gesellschaft werden nie kapierten, weshalb sie zwar erfahren, wie viel Geld aus dem Stadtsäckel in eine städtische Gesellschaft hinein

und wie viel wieder zurückfließt, aber nie, was innerhalb der Black Box mit ihrem Geld passiert. Wirklich nie? Ratsherr von Teichman, der wie Tjaden schon oft mit solchen Anfragen auf den Bauch gefallen ist, hat derzeit dazu ein Klärungsverfahren vor dem Verwaltungsgericht laufen. Nicht nur wir sind gespannt auf das Urteil.

## ✓ Verteuerungen

ergeben sich für die Stadt durch die steigenden Fallzahlen bei den Arbeitssuchenden. Derzeit wird die monatliche Belastung des städtischen Haushalts für deren Grundsicherung mit 1,87 Mio Euro angegeben. Hickhack gab es ja um die Leistungen für die Unterkunft: Nicht nur Wilhelmshaven zahlte den Bedürftigen mit Hinweis auf billigen verfügbaren Wohnraum lange Zeit weniger Mietzuschuss, als sie eigentlich benötigen. Abgesehen davon, dass solche Wohnungen sich oft in einem menschenunwürdigen Zustand befinden, wird die Mietersparnis durch die Umzugs- und Renovierungskosten wieder aufgeessen.

Der OB gab nun eine Nachbewilligung von Haushaltsmitteln in Höhe von 10.700 Euro für Leistungen der Unterkunft an Arbeitssuchende bekannt. □

# Butter bei die Fische

## Das Forum Wilhelmshaven legt realistische Berechnungen zum Erhalt der Südzentrale vor – Jetzt heißt es nur noch zugreifen

(iz) Seit über einem Jahr ist es ziemlich still geworden um die Südzentrale. Noch immer thront das Gebäude majestätisch-morbide im maritimen Herzen Wilhelmshavens. Noch immer wurde es nicht saniert, aber zumindest auch nicht abgerissen. Im Hintergrund ist aber immer noch einiges in Bewegung. Nicht auf der Abriss-, sondern auf der Sanierungsseite.

In Fleißarbeit hat das "Forum Wilhelmshaven", das sich seit mehreren Jahren für den Erhalt des einmaligen Bauwerks einsetzt, die wesentlichen Informationen zusammengetragen, die für konkrete Sanierungsmaßnahmen erforderlich sind. Anfang Januar stellten André Winter, Corinna Janssen, Hannes Griesemann und Bettina Brosowsky den ansprechend gestalteten Katalog vor. Kernstück sind die verschiedenen Gestaltungsmöglichkeiten, die auf einem BDA-Workshop (Bund deutscher Architekten) 2004 erarbeitet wurden. "Die Argumente waren ausgetauscht – da musste der Zeichenstift her" erinnert sich Winter.

Von besonderem Interesse für potenzielle Investoren sind jedoch die nackten, aber keinesfalls abschreckenden Zahlen: Mit welchen Investitionssummen muss ich rechnen? Der Katalog zeigt auf, dass sich der Erhalt des Baudenkmals und eine hafengewirtschaftliche Nutzung des Geländes nicht ausschließen, sondern harmonisch vereinbaren und durch Ausschöpfen von Fördermitteln und durch Ausschöpfen von Fördermitteln ohne große Verrenkungen finanzieren lassen. Die Kosten für die Sanierung des Industriedenkmals könnten über 12 Jahre zu 100% abgeschrieben werden (8 Jahre zu je 9% und 4 Jahre zu je 7%). Rechnet man Förderbeiträge aus der Stiftung Denkmalschutz und EU-Mitteln hinzu, hätten sich die Investitionen mehr als amortisiert.

Das Forum hat also, unterstützt durch interessierte ArchitektInnen aus der ganzen Bundesrepublik, wesentliche Vorarbeiten geleistet. Ihre Forderung, die Südzentrale zu erhalten, ist keine Träumerei von Idealisten, sondern eine handfeste, realistische und zukunftsweisende Planung. "Ihr müsst uns Zahlen, Fakten und einen Investor liefern" beschreibt Janssen die Gegenforderung der Stadt. Den wesentlichen Teil der Hausaufgaben hat das Forum erledigt. Nur eines kann und will es nicht leisten: Mit dem Katalog unterm Arm Investoren abklappern. Das muss schon ganz offiziell die Stadt bzw. eine von ihr beauftragte Institution in die Hand nehmen.

Doch selbst wenn die Stadt dieses Geschenk engagierter, fachkompetenter BürgerInnen und des BDA nicht annimmt – was kaum vorstellbar wäre –, so kommt dem Katalog eine weitere Bedeutung zu: Die vor über 2 Jahren erteilte Abrissgenehmigung ist mittlerweile ausgelaufen. Bei einem Neuantrag müsste die Denkmalbehörde neue Erkenntnisse berücksichtigen. Damals wurde der Abriss genehmigt mit dem Argument, der Erhalt sei wirtschaftlich nicht zumutbar. Das wird in der Broschüre klar widerlegt. Das BDA-Konzept ist übrigens auch in den Hafenentwicklungsplan vom November 2004 eingeflossen.

### Aus Fehlern lernen

Was historische Baussubstanz betrifft,

hat zumindest in den Köpfen der heimatverbundenen Bürgerschaft das Denken die Richtung gewechselt. Als unlängst das Seezeichen an der ehem. 3. Einfahrt über Nacht Beine bekam und sich anderntags in Danggast niederließ, ging ein Aufschrei durch die Stadt. So laut, dass in Rekordzeit alles veranlasst wurde, um es als Replik am angestammten Standort wieder auferstehen zu lassen. "Hätten wir davon gewusst, ich hätte alles getan, damit das Seezeichen hier bleibt" bedauert Griesemann den Schnellschuss. An diesem Beispiel verdeutlichte das Forum, dass alte Bauwerke nicht nur einen emotional-denkmalpflegerischen Wert besitzen, sondern ihr Erhalt deutlich günstiger ist als die Neuerstellung vergleichbarer Baubsubstanz. Für ein paar Euro Schrottwert ging das Seezeichen an den neuen Eigentümer – sein künstlicher Zwilling wird mehrere tausend Euro kosten.

In der Nachbargemeinde Sande gibt es seit einigen Wochen Gerangel um den Erhalt eines historischen Gebäudes am Ortseingang. Ein Handwerksbetrieb wollte es kaufen und sanieren, wurde jedoch von der Gemeinde überboten, die es abreißen will. Was sie auch mit Fotos aus einem allerdings maroden Nebengebäude rechtfertigen will. Nun mag es auf beiden Seiten Hinter- und Beweggründe geben, die nicht an die Öffentlichkeit dringen. Aber eins ist klar: Ein Dachdeckermeister hat nichts zu verschenken und wird eine Immobilie sorgfältig prüfen, ehe er sein Geld darin versenkt.

Bemühungen, einmal vernichtete Baubsubstanz wieder herzustellen, können extreme Züge annehmen. Brosowsky erinnerte an das Braunschweiger Schloss, das 1960 abgerissen wurde und nun komplett wieder aufgebaut wird! "Da haben die Monarchisten Lobbyarbeit geleistet, um ein Trauma wieder wegzubügeln" lautet ihre Analyse. "Ein Weltkulturerbe sollte jedoch auch physische Authentizität besitzen." Eine Kopie ist nie das gleiche wie das Original.

Zurück zur Südzentrale. "Die nächste Generation könnte kreativer sein als wir" gibt Winter zu denken. "Selbst wenn uns noch keine konkrete Nutzungsmöglichkeit einfällt, sollten wir unsern Kindern nicht auf immer die Chance nehmen, etwas aus ihrem architektonischen Erbe zu machen."

*Der Katalog "Kraftwerk Südzentrale Wilhelmshaven – Abriss oder Nutzung" enthält neben den Ergebnissen des BDA-Workshops 2004 Texte zur Geschichte der Südzentrale, zum Denkmalwert des Gebäudes und zur Problemstellung Industriedenkmalpflege sowie zahlreiche Bilder. Die Erstellung wurde gefördert vom BDA und dem Verein zur Förderung der Baukultur.*

Bezug unter: [info@suedzentrale.de](mailto:info@suedzentrale.de) sowie im Architekten-Büro GG/A (Griesemann&Griesemann), Weserstraße 78A in Wilhelmshaven, Telefon 04421/995599. Schutzgebühr 5 Euro.

## leserbriefe

### "WHO IS WHO" beim GEGENWIND?

*Habe ich da die Ankündigung eines Ratespiels verpasst? Wann ist Einsendeschluss, und was kann man gewinnen?*

(cs) Schon seit längerer Zeit frage ich mich, wer oder was sich eigentlich hinter den rätselhaften Kürzeln im einleitenden Teil der Gegenwind-Artikel verbirgt.

Bisher dachte ich, daraus könne man - verbunden mit dem Impressum - den Autor des jeweiligen Beitrages ableiten. Das ist aber immer öfter auch ausgewiesenen Um-die-Ecke-Denkern nicht mehr möglich. Unschwer zuordnen kann man (ub), (hk) oder (iz). Selbst (red) scheint entschlüsselbar. Schon anspruchsvoller, aber auch nicht unlösbar ist dagegen (noa). Aber wer in Dreiteufelsnamen verbirgt sich hinter (jes) oder (jm)? Liebe (red), Aufklärung tut Not!

Neuerdings taucht zudem immer öfter (jt) auf. Der erschließt sich dem regelmäßigen Leser leicht (alle, die lieber selbst raten wollen, bitte nicht weiterlesen!) als Ratsherr Joachim Tjaden. Der schreibt auch gern mal einen Leserbrief oder berichtet über seine neue Wählergemeinschaft – wie in der aktuellen Ausgabe 213. Gleich 4 Beiträge können wir da von ihm lesen; denn nicht zu vergessen die Kolumne "ACKIS Rundschlag". Nix dagegen, solange er das unter seinem vollen Namen und damit als Gastautor identifizierbar tut. Lese ich nun aber auch noch das nicht erläuterte Kürzel (jt), beginne ich mich zu fragen, ob Acki Tjaden nun nicht mehr nur als Leserbriefschreiber, Gastautor und Kolumnist fungiert, sondern auch noch zum vollwertigen Redaktionsmitglied avanciert ist? Das wäre nur folgerichtig, immerhin ist er faktisch längst tragende Säule des schreibenden Gegenwind-Teams. Da kann nur die (Vorsicht, Lob!) erstaunliche Produktivität von (noa) mithalten. Wieso steht Tjaden dann aber nicht im Impressum? Kann das Kürzel (jt) gar der eher unbewusste Versuch sein, zu kaschieren, dass der Gegenwind zunehmend zum persönlichen Presseorgan von Tjaden mutiert? Kann man jetzt auch Leserbriefe mit Initialen unterschreiben, die trotzdem Chance auf Veröffentlichung haben? Oder handelt es sich nur um interne Vermerke fürs Archiv, die eine spätere Zuordnung der – nicht öffentlichen - Verfasser zu ihren Beiträgen erleichtern sollen? Fragen über Fragen für jemanden, der sich im Presserecht so gar nicht auskennt.... Falls es sich doch um ein Preisausschreiben handeln sollte, teilt doch bitte nochmal die Spielregeln mit. Für mich wichtige Fragen: Wird auch freie Suggestion gewürdigt? Wie anders kann man Erfolg haben? Sind Fördermitglieder des Gegenwind-Vereins von der Teilnahme ausgeschlossen? Und last but not least: Was ist mit Theda? In der Hoffnung, mir mit diesem Leserbrief nicht gänzlich die Chancen auf den Hauptgewinn verdorben zu haben, verbleibe ich mit aufmunternden Grüßen

**Claus Schulz**  
Weserstraße 33  
26382 Wilhelmshaven